



Gedenkstätten Rundbrief

25 Jahre Gedenkstättenreferat

- 3 Begrüßung
Andreas Nachama

Grußworte

- 5 *Klaus Lederer*
8 *Maria Bering*

- 11 Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung.
Rückblick und Perspektiven
Detlef Garbe
- 22 Staatsverbrechen und ihre historische Aufarbeitung.
Ein internationaler Vergleich
Ein Podiumsgespräch von Uwe Bergmeier, Carol Gluck und Alexander Hasgall
Moderiert von Thomas Lutz
- 44 Gedenkstättenseminare und -konferenzen

25 Jahre Gedenkstättenreferat

BEGRÜSSUNG



Andreas Nachama

Im Juli letzten Jahres haben wir 30 Jahre »Topographie des Terrors« feiern können. Nun, am 1. Februar 2018 steht ein weiteres Jubiläum an: 25 Jahre Gedenkstättenreferat in der Stiftung Topographie des Terrors.

Mit diesem Gedenkstättenreferat hat es seine besondere Bewandnis: Wenige Monate nach der Gründung der Stiftung Topographie des Terrors kam Franz von Hammerstein als Vorsitzender des Kuratoriums von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. auf uns zu und regte an, das bereits seit zehn Jahren dort bestehende Gedenkstättenreferat zu übernehmen, da es in dem Prozess der Wiedervereinigung der beiden Aktion Sühnezeichen Ost und West finanzielle Probleme gebe. Das war eine interessante Idee, der wir dann im Frühjahr 1993 nachgekommen sind. Franz von Hammerstein war zu dieser Zeit mit beiden Einrichtungen eng verwoben: Er gehörte zu den frühen Unterstützern des Projekts »Topographie des Terrors« und war Mitglied der Fachkommission, die 1990 unter dem Vorsitz von Reinhard Rürup ein Konzept für einen dauerhaften Lernort »Topographie des Terrors« vorgelegt hatte – und er war 1958 nicht nur Mitgründer der »Aktion Sühnezeichen«, sondern auch fast zehn Jahre deren Generalsekretär gewesen.

Die Vorteile einer Übernahme lagen auf der Hand: Das Gedenkstättenreferat gab einen Rundbrief heraus. Für die neu gegründete Stiftung bot sich damit ein bereits bewährtes Kommunikationsmedium an. Zugleich kam als Aspekt dazu, dass die »Topographie des Terrors« mit ihrer konkret vom historischen Ort ausgehenden Ausstellung über den lokalen Rahmen hinaus Aufgaben übernehmen und im Bereich der nationalen, später zunehmend auch der internationalen Erinnerungskultur tätig werden konnte.

Reinhard Rürup, der frühere Wissenschaftliche Direktor der Stiftung, hat das anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Gedenkstättenreferats in einer eigens dafür publizierten Broschüre mit dem Titel »Netzwerk der Erinnerung« so formuliert – und zwar in Anbetracht der Feststellung, dass es sich bei der »Topographie des Terrors« um einen »Täterort« handele, nicht aber um eine Gedenkstätte im üblichen Sinne:

»Deshalb mag es auf den ersten Blick überraschen, dass die Stiftung gleichwohl die einzige Einrichtung in Deutschland ist, die seit nunmehr zehn Jahren über ein bundesweit arbeitendes Gedenkstättenreferat verfügt. [...] Dennoch gab es kein längeres Zögern [...]. Die von dem Referat bisher geleistete Arbeit wurde als sinnvoll und notwendig eingeschätzt, und die Stiftung als eine hauptstädtische Einrichtung die es mit der Geschichte des NS-Terrors insgesamt zu tun hat, war bereit, auch übergreifende Aufgaben zu übernehmen.«

Das Gedenkstättenreferat hat als »Ein-Mann-Betrieb« begonnen – bereits damals in der Person von Thomas Lutz –, der damit, einschließlich seiner Zeit bei Aktion Sühnezeichen, über 35 Jahre hinweg – bis heute – seine Kenntnisse, Kontakte und Praxiserfahrungen eingebracht hat. Auch dieses möchten wir heute besonders würdigen und sagen herzlichen Dank für Deine kontinuierliche, mit großem Engagement betriebene und erfolgreiche Arbeit!

Im Laufe der Zeit konnte das Gedenkstättenreferat personell erweitert werden und so kam Michaela Illner mit einer Halbtagsstelle dazu. Außerdem waren über die Jahre hinweg insgesamt zwölf österreichische Gedenkdiener im Referat tätig sowie vier Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr in der »Topographie des Terrors« absolviert haben. Sie alle haben vor allem die kontinuierliche Betreuung des Online-Gedenkstättenforums und damit auch die tägliche Pressebericht-Auswahl, gewährleistet. Auch ihnen allen gebührt unser besonderer Dank!

Wenn ich im Folgenden die wesentlichen Arbeitsfelder des Gedenkstättenreferats benenne, so soll deutlich werden, dass das Referat nicht nur eine bedeutende Abteilung der Stiftung ist, sondern in gewisser Weise zugleich auch ein eigenes Feld bestellt.

Innerhalb der dezentralen Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik dient das Gedenkstättenreferat als zentrale Informations- und Koordinierungsstelle für Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Des Weiteren nimmt es vielfältige Beratungsaufgaben in Deutschland und im Ausland wahr. Dazu gehört die Beratung bei Neu- und Weiterentwicklungen von Gedenkstätten, die Beratung von Bundesregierung und Landesregierungen, aber auch die Beratung von neuen Ausstellungen in diversen anderen Ländern sowie von internationalen Projekten der UNESCO, des International Council of Museums (ICOM) und der International Holocaust Remembrance Association, an der Thomas Lutz als Delegierter der Bundesrepublik seit über 15 Jahren mitwirkt. Neben dem nach wie vor regelmäßig erscheinenden »GedenkstättenRundbrief« ist auch das bereits erwähnte »Online-GedenkstättenForum« mit eigenem Pressespiegel ein wichtiges Kommunikationsforum. Darüber hinaus organisiert das Referat bundesweite Gedenkstattenseminare sowie internationale Seminare und Konferenzen.

Das Gedenkstättenreferat hat die nationale und internationale Anerkennung der Stiftung Topographie des Terrors wesentlich mitgeprägt. Durch die guten Beziehungen war es etwa möglich, die Kabine, in der Adolf Eichmann während seines Prozesses in Jerusalem gesessen hat, anlässlich der hier 2011 gezeigten Sonderausstellung auszuliehen und erstmals außerhalb von Israel zu zeigen.

Prof. Dr. Andreas Nachama ist Direktor der Stiftung Topographie des Terrors.



Klaus Lederer

Am 5. Juli des vergangenen Jahres habe ich in der »Topographie des Terrors« gesprochen. Anlass war der 30. Geburtstag der Stiftung und der Einrichtung. Damals habe ich gesagt, dass mit – seit Jahren konstant über der Millionengrenze liegenden Besucherzahlen – die »Topographie des Terrors« ein Eckpfeiler des kulturellen Lernens in Berlin und ganz Deutschland geworden ist. Die Geschichte begann ja aber noch eher: Der in den 1980er-Jahren gegründete Verein »Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin« und die dann etwas später entstandene »Initiative zum Umgang mit dem Gesta-po-Gelände«, aber auch viele andere gehörten zu denen, die dann im Mai 1985 hier – am Ort der Täter – anfangen, im wahrsten Sinne des Wortes nachzugraben. Gemein war ihnen allen, dass sie sich einsetzten für einen Lernort und seine Verstetigung.

»Topographie des Terrors« – das ist nicht nur ein Ort, das ist weit mehr – es ist auch eine Aufgabe. Die Aufgabe besteht darin, am historischen Ort und darüber hinaus dafür zu sorgen, dass die Erinnerungsarbeit unserer Tage auf einer wissenschaftlich fundierten Basis steht. Es kann daher in erster Linie nicht darum gehen, immer wieder ein »Tal der Tränen« zu durchschreiten – auch, wenn wir es bei der Vermittlung von NS-Verbrechen mit unvorstellbarer Gräueltat und immensen Leiden zahlloser Opfergruppen zu tun haben. Wir haben uns immer wieder dem Auftrag einer progressiven Ausstellungs- und Bildungsarbeit zu stellen. Dazu trägt bei der »Topographie des Terrors« auch das Gedenkstättenreferat bei, das sich bundesweit einsetzt, für das, was über Trauerarbeit und Gedenken hinaus an Erinnerungsarbeit zu leisten ist. Es steht seit 25 Jahren für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Diktatur, die sich immer auch aktuellen Fragestellungen und Herausforderungen gegenüberstellt.

Lassen Sie mich kurz einen Blick zurückwerfen auf einige markante Etappen der »Topographie des Terrors«. Eingangs habe ich die frühen Wurzeln ja bereits erwähnt: Nach der »Wende« 1989/90 und nach dem Beschluss, Berlin zur Hauptstadt zu machen, wurde aus dem von bürgerschaftlichem Engagement unterstützten, ursprünglich West-Berliner Projekt »Topographie des Terrors« 1992 eine zunächst unselbständige Stiftung öffentlichen Rechts, eingerichtet durch das Land Berlin.

Bürgermeister und
Senator für Kultur und
Europa des Landes
Berlin Klaus Lederer
während seines Gruß-
wortes im Auditorium
der Stiftung Topo-
graphie des Terrors



Ein Jahr später, 1993, gab es dann zwei einschneidende Ereignisse: Das Land Berlin lobte einen Wettbewerb für das neue Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors« aus, und der Stiftungsrat unter dem Vorsitz des Berliner Kultursenators stimmte zu, das vorher bei der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. angesiedelte Gedenkstättenreferat in die neu gegründete Stiftung zu übernehmen. Damit war Berlin bereit, Verantwortung für eine bundesweite Aufgabe zu übernehmen – und ich bin stolz darauf. Berlin konnte mit der Arbeit auch in das Bundesgebiet hineinwirken, bevor es dann ein Jahr später, also 1994, zu einer seither gemeinsamen finanziellen Trägerschaft der »Topographie« mit dem Bund kam.

Der Anlass des nun 25-jährigen Bestehens des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors ist ein geeigneter Moment, die ebenso erfolgreiche wie notwendige Tätigkeit der Stiftung zu würdigen. Im Jahr 1993 war die »Topographie des Terrors«, wie eben erwähnt, ja selbst noch im Aufbau. So sind die beiden damaligen Direktoren, Prof. Dr. Reinhard Rürup und Prof. Dr. Andreas Nachama, für den Weitblick zu beglückwünschen, das Gedenkstättenreferat in die entstehende Stiftung eingegliedert zu haben. Die Entscheidung hat sich bewährt – das steht heute fest.

Das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors hat sich im Laufe der Zeit als absolut adäquates Pendant der dezentralen Gedenkstättenlandschaft in Deutschland entwickelt. So wichtig es ist, dass es sowohl von den historischen Zusammenhängen als auch von der geographischen Verteilung her sehr viele unterschiedliche Gedenkstätten in Deutschland gibt, so sehr hat sich das Gedenkstättenreferat als die Einrichtung erwiesen, die in der Lage ist, dieses Netzwerk zu koordinieren und damit die Stärken der einzelnen Institutionen im Gesamtrahmen zu unterstützen. Sicherlich hat das auch mit der thematischen Ausrichtung des Dokumentationszentrums »Topographie des Terrors« zu tun, das sich dadurch von den Gedenkstätten unterscheidet, dass es sich mit all den verschiedenen Facetten der NS-Verbrechensgeschichte in ihrer Gesamtheit auseinandersetzt.

Die Entscheidung der Übernahme des Gedenkstättenreferats hat sich auch in einer weiteren Hinsicht bewährt. Mit der Zunahme der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung über NS-Verbrechen, der Gestaltung neuer Gedenkort und der Entwicklung der Bildungsarbeit wird das Gedenkstättenreferat auch vom Ausland immer mehr angefragt. So ist das Gedenkstättenreferat in bewährter Weise beides: Ein überregional wirkender Knotenpunkt des Netzwerkes der Gedenkstätten in Deutschland und ein Kompetenzzentrum für nationale wie internationale Beratungstätigkeiten. Das ist auch angesichts der aktuellen Entwicklungen hierzulande, dem wachsenden Rechtspopulismus und einer AfD als Akteur in der Parteienlandschaft, wichtig. Das Gedenkstättenreferat hat mit der Stiftung Topographie des Terrors die in jeder Hinsicht passende Basis für seine Tätigkeit.

Und die Stiftung Topographie des Terrors konnte ihr Ansehen in Deutschland und im Ausland auch dadurch stärken, dass sie das Gedenkstättenreferat vor 25 Jahren übernommen und in anspruchsvoller Weise weiterentwickelt hat. Es bleibt zu wünschen, dass die Arbeit in dieser anerkannten Form als Rückgrat einer dezentralen ausgeformten Gedenkstättenlandschaft fortgeführt werden wird. Das Land Berlin und der Bund stehen dahinter! Die Aufarbeitung des NS-Terrors kennt keinen Schlussstrich. Allerdings wird es nötig sein, auf die sich im Laufe der Zeit verändernden Formen der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte für die Gedenkstätten angemessene Möglichkeiten des Agierens zu finden.

Ich bin mir sicher: Das Gedenkstättenreferat hat dabei als Ideengeber und Koordinator in dieser Hinsicht auch in Zukunft eine zentrale, wenn auch keine zentralisierende Funktion inne. Ich beglückwünsche Sie zu 25 Jahren, danke Ihnen für Ihre Arbeit und weiß, dass sich unsere Wege auch in Zukunft noch häufig kreuzen werden, da die Aufarbeitung und die Präsentation von Gedenken und Erinnerung mir große Anliegen sind und ich Sie dabei an meiner Seite weiß.

Dr. Klaus Lederer ist Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin.



Maria Bering

Ich danke Ihnen sehr für die Einladung zur Festveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors. Zunächst darf ich Ihnen von Frau Staatsministerin Grütters herzliche Grüße ausrichten. Ihre große Wertschätzung für die Arbeit des Gedenkstättenreferats und für das langjährige Engagement hatte Frau Staatsministerin bereits bei der Veranstaltung zum 30-jährigen Bestehen der »Topographie des Terrors« im Juli vergangenen Jahres zum Ausdruck gebracht.

Die – vom Bund seit 1994 geförderte – »Topographie des Terrors« leistet einen besonders wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung und Vermittlung der NS-Verbrechen. Sie tut dies auf diesem Gelände, mitten in Berlin, auf dem Gestapo, SS-Führung und Reichssicherheitshauptamt ihre Hauptquartiere hatten und systematisch Terror und Tod in Europa pflanzen und organisierten. Die »Topographie des Terrors« macht Geschichte greifbar, indem ein authentischer Ort mit großer Fachkompetenz, aber auch mit viel Sensibilität und Einfallsreichtum aufbereitet und zugänglich gemacht wird.

So konnten die Strukturen und Mechanismen der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft Millionen von Besucherinnen und Besuchern aller Generationen aus dem In- und Ausland eindringlich veranschaulicht werden. Die Darstellung einer enormen Bandbreite an Themen unmittelbar anknüpfend an das historische Umfeld macht den Besuch der Ausstellung zu einer beeindruckenden und unvergesslichen Erfahrung. Zahlreiche immer gut besuchte Sonderausstellungen und hochkarätige Vortrags- oder Diskussionsveranstaltungen komplettieren das Angebot. Die »Topographie des Terrors« setzt damit Maßstäbe als Erinnerungsort.

Hier soll sich der Fokus der Aufmerksamkeit jedoch auf eine Aufgabe der »Topographie des Terrors« richten, die in der Öffentlichkeit nicht so große Wahrnehmung erfährt wie die eben beschriebene Dokumentation. Eine Aufgabe, die allerdings für die Gedenkstättenlandschaft in Deutschland von elementarer Bedeutung ist und diese nachhaltig geprägt hat und weiterhin prägen wird. Ich rede vom Gedenkstättenreferat unter dem Dach der »Topographie des Terrors«.

Die Landschaft der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Deutschland ist aus gutem Grund sehr heterogen. Die Einrichtungen haben unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte, abgeleitet von ihren verschiedenen Funktionen während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Sie haben damit auch unterschiedliche Aufgaben im Rahmen der Aufarbeitung und des Gedenkens.

Die NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind über das ganze Bundesgebiet verteilt, ihre Umgebungen unterscheiden sich, ländlich geprägt an der deutsch-dänischen Grenze oder mitten in der Stadt wie in Dachau. Und die Einrichtungen haben auch sehr unterschiedliche Träger. Sie werden vom Bund, von einem Land, einer Kommune, von der Kirche oder von Bürgerinnen und Bürgern getragen, Mischformen aller Art sind vertreten.

Als integraler Bestandteil der gewachsenen Gedenkkultur wird bürgerschaftliche Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes besonders gewürdigt. Bürgerschaftliches Engagement hat überhaupt erst das Bewusstsein geschaffen, dass es sich hier um eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe handelt. Und bürgerschaftliches Engagement steht auch dafür, die Fragen an die Geschichte immer wieder neu zu stellen. Insofern ist es eine tragende Säule neben der staatlichen Unterstützung. Dabei kommt bürgerschaftlichem Engagement nicht selten auch die wichtige Rolle als Triebkraft, Ideengeber und Querdenker zu. Anhaltendes bürgerschaftliches Engagement vor Ort trägt auch bei öffentlich finanzierten Gedenkstätten und Erinnerungsorten maßgeblich zum Gelingen von Vorhaben oder Projekten bei.

Die »Topographie des Terrors« ist dabei weit mehr als »nur« ein gutes Beispiel für ein funktionierendes und fruchtbares Zusammenspiel von staatlichem und bürgerschaftlichem Wirken. Vielmehr hat sich die »Topographie des Terrors« mit ihrem Gedenkstättenreferat als zentraler und fachkundiger Ansprechpartner zivilgesellschaftlicher Initiativen etabliert. In der von mir beschriebenen Vielfalt in der Landschaft der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Deutschland kommt dem Gedenkstättenreferat eine zentrale Rolle zu.

Die beschriebene historisch gewachsene Heterogenität ist zwar fruchtbar. Sie ist gewünscht, unbedingt zu erhalten und zu festigen. Sie ist jedoch auch eine Herausforderung, denn Strukturen können sich doppeln, Wissen kann verloren gehen, relevante Informationen – etwa zu Fördermöglichkeiten – können nicht auffindbar sein und wichtige Kontakte können fehlen. Für die Gedenkstätten und Erinnerungsorte ist es daher von elementarer Bedeutung, gut vernetzt zu sein. Wissen kann geteilt und Interessen können gebündelt und kanalisiert werden. Die »Topographie des Terrors« mit ihrem Gedenkstättenreferat fungiert insoweit zudem als Seismograph der Gedenkstättenlandschaft und ist als solcher unverzichtbarer Ansprechpartner auch für staatliche und politische Verantwortungsträger aus dem In- und Ausland.

Die Aktivitäten des Gedenkstättenreferats sind vielfältig, und ich möchte nur einige davon exemplarisch herausgreifen: Das Gedenkstättenreferat ist eine der in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes benannten Institutionen, die eine Vertreterin oder einen Vertreter in das Expertengremium entsendet, das Frau Staatsministerin Grütters bei ihren Entscheidungen über finanzielle Förderungen des Bundes im Bereich der NS-Aufarbeitung berät. Die jährlich organisierte bundesweite Gedenkstättenkonferenz und das Gedenkstättenseminar haben sich als Fixpunkte der Gedenkstättenlandschaft

in Deutschland etabliert. Die Veranstaltungen werden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kleiner wie großer Gedenkstätten geschätzt als einzigartige Gelegenheit zur Kontaktpflege, zur Beratung, zur Weiter- und Meinungsbildung.

Auch die vom Gedenkstättenreferat herausgegebene Zeitschrift »Gedenkstätten Rundbrief« ist heute nicht mehr wegzudenken. Als fachliches Medium für die sehr spezifischen Anforderungen an die Gedenkstättenarbeit hält die Zeitschrift ihre Leserinnen und Leser auf dem aktuellen Forschungs- und Erfahrungsstand.

Diese Plattformen des Austauschs sind gerade vor dem Hintergrund so wichtig, dass die NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte vor immensen Herausforderungen stehen und ihre Arbeit ein Stück weit neu definieren müssen. Die Besucherzahlen wachsen erfreulicherweise tendenziell immer noch an. Die »Topographie des Terrors« etwa haben im Jahr 2017 – beeindruckende! – 1,3 Millionen Menschen besucht. Gleichzeitig ist die Zusammensetzung der Besuchergruppen immer heterogener. Die kulturellen Hintergründe der Besucherinnen und Besucher sind vielfältiger als früher. Hinzu kommt, dass wegen der zunehmenden zeitlichen Distanz zum nationalsozialistischen Deutschland auf der einen Seite immer weniger Zeitzeugen unmittelbar von dem Geschehen berichten können und auf der anderen Seite immer weniger Besucherinnen und Besucher beispielsweise als Angehörige einen unmittelbaren biografischen Bezug zum Thema oder zum historischen Ort haben. Auch hören wir regelmäßig von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätten, dass Schulklassen mit immer weniger historischem Vorwissen zu Gedenkstätten-Besuchen erscheinen, die zudem immer öfter schlecht vorbereitet zu sein scheinen.

Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, erleichtert es kleinen und großen Gedenkstätten enorm, diese Herausforderungen zu bewältigen. Der erfolgversprechende Ansatz etwa, pädagogische Angebote zu stärken und weiterzuentwickeln, kann sein ganzes Potential dann entfalten, wenn Ressourcen gemeinsam genutzt werden können und wenn die in Gedenkstätten Engagierten miteinander über neue Konzepte und Ideen diskutieren, sie diese ausprobieren und Erfahrungen teilen können. Innovative Konzepte und Herangehensweisen können so eine flächendeckende Dynamik entwickeln. Das Gedenkstättenreferat ist als zentrales »Gedenkstätten-Netzwerk« unverzichtbar, um solche Symbiosen in der Gedenkstättenarbeit zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung ein ureigenes Interesse an einem starken Gedenkstättenreferat, damit Deutschland seine historische Verantwortung zur Erinnerung an die Opfer, zur Aufarbeitung der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und zur Vermittlung demokratischer und humaner Werte in der beschriebenen dezentralen und pluralen Landschaft der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Deutschland sachgerecht und möglichst wirkungsvoll wahrnehmen kann.

Für die Stärkung des Gedenkstättenreferates und den Ausbau der Vermittlungsarbeit werden wir uns weiterhin gerne und aus Überzeugung einsetzen. Nach der so erfolgreichen Arbeit in den letzten 25 Jahren, für die ich mich im Namen von Frau Staatsministerin Grütters – insbesondere bei Ihnen, lieber Herr Dr. Lutz – bedanken möchte, wünsche ich dem Gedenkstättenreferat auch für die nächsten 25 Jahre alles erdenklich Gute!

Maria Bering ist Leiterin der Gruppe »Geschichte, Erinnerung« bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven



Detlef Garbe

Das Jubiläum »25 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors« bietet eine gute Gelegenheit für einen Rückblick auf die Entwicklung der an die nationalsozialistischen Verbrechen in Deutschland erinnernden Gedenkstätten und für einen Ausblick. Dieses umso mehr, als gegenwärtig viele Gewissheiten brüchig geworden sind und die Gedenkstätten vor großen Herausforderungen stehen. Einerseits werden in Öffentlichkeit und Politik an sie sehr große Erwartungen herangetragen, etwa in den Bereichen Demokratievermittlung, Integrationsförderung und Antisemitismusprävention. Andererseits begegnen ihnen politische Anfechtungen und Infragestellungen, die es in dieser Form zumindest seit der deutschen Vereinigung nicht mehr gegeben hat.

Wenn wir zurückschauen, müssen wir hinter das Jahr 1993 zurückgehen. Das Gedenkstättenreferat hat eine Vorgeschichte, die mindestens bis Anfang der 1980er-Jahre zurückreicht, als im Zuge des Generationenwechsels eine neue Phase der sogenannten »Vergangenheitsbewältigung« begann. Suggestierte dieser damals benutzte Begriff zwar, mit den verbrecherischen Hinterlassenschaften eines Tages abschließen zu können, sie irgendwann »bewältigt« zu haben, so wurde nun in der Hinwendung zu den konkreten Orten und den Opfern der NS-Verbrechen nach und nach der die Nachkriegsjahrzehnte bestimmende Gestus des Verdeckens durch den des Aufdeckens gebrochen. Die Erschütterung, die 1979 die Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie »Holocaust« über das Verfolgungsschicksal der jüdischen Familie Weiss und die (am Beispiel der Familie Dorf kontrastierte) deutsche Täterschaft auslöste, die Schülerwettbewerbe um den Preis des Bundespräsidenten über den Alltag im Nationalsozialismus und die entstehenden Geschichtswerkstätten seien beispielhaft für die Zäsur der Jahre 1979 bis 1984 genannt.¹

Vielorts entstanden von Jugendverbänden, Kirchen- und Gewerkschaftsgruppen getragene Initiativen zur Errichtung von Erinnerungszeichen auf den einstigen Lagerarealen oder an ähnlich bedeutsamen Orten. Die in solchen Zusammenhängen erarbei-

teten Dokumentationen, die vom vergessenen Lager »vor der eigenen Haustür« berichteten, brachten überhaupt erst wieder ins öffentliche Bewusstsein, dass Deutschland in den Kriegsjahren von einem Netz von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern überzogen war. Vor Ort galt es nun, starke Widerstände in der Bevölkerung zu überwinden und langjährige Auseinandersetzungen mit kommunalen Gremien zu führen.

Als einzelne Gedenkstätteninitiativen den Wunsch nach einem Informationsaustausch und einer bundesweiten Koordination ihrer Aktivitäten äußerten, nahm sich zunächst die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., die seit den 1960er-Jahren mit Freiwilligen in Auschwitz und anderen ausländischen Gedenkstätten arbeitete, diesem Anliegen an. Am Wochenende 17./18. Oktober 1981 kam es in Hamburg am Rande der Eröffnung des Dokumentenhauses Neuengamme zu einem ersten Treffen von Engagierten aus Berlin, Dachau, dem Emsland, Essen, Moringen, Ulm und der Wewelsburg. Bei dem Treffen entstand nicht nur die Idee zu einem Buch über die »vergessenen KZs«², über Verdrängung und gesellschaftliche Widerstände gegen die sich langsam entwickelnde Gedenkstättenarbeit, sondern die Verabredung zu regelmäßigen Zusammenkünften.

Die Gedenkstätten und ihre Anliegen fanden zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit. Schon das zweite Treffen der Gedenkstätteninitiativen, das vom 21. bis 23. Mai 1982 in Dachau durchgeführt wurde, fand mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung statt. Als im Folgejahr Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg die nun schon aus nahezu allen Teilen der alten Bundesrepublik angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Hannoveraner Rathaus begrüßte, zeigte dies den Bedeutungszuwachs, den die Gedenkstättenarbeit nun erfuhr.

Von zentraler Bedeutung für die Vernetzung der Gedenkstätten war die Einrichtung einer hauptamtlichen Koordinationsstelle bei der Aktion Sühnezeichen, die zunächst ab Anfang 1983 durch den Vikar Thomas Vogel wahrgenommen wurde, dann ab 1984 durch den damals 27 Jahre jungen Lehrer Thomas Lutz. Dieser hatte nach dem Studium von Geschichte, Politik und Sport in Marburg als Alternative zum Zivildienst für die Aktion Sühnezeichen Besuchergruppen in der Gedenkstätte Auschwitz betreut. Nach dem Zweiten Staatsexamen begann er nun im Berliner ASF-Büro mit dem Aufbau des Gedenkstättenreferats. Seit über 33 Jahren koordiniert er nunmehr die Zusammenarbeit zwischen den bundesdeutschen Gedenkstätten, organisiert für sie Tagungen und Fortbildungen, unterstützt sie bei Projekten und repräsentiert sie zunehmend im Ausland, in den europäischen Nachbarstaaten, in Israel und den USA und inzwischen schlicht weltweit.

Mitte der 1980er-Jahre war dies überhaupt noch nicht absehbar. Auch wenn hier nicht die Zeit gegeben ist, um die wechselvolle Geschichte der Gedenkstätten darzustellen, so sei doch noch einmal kurz skizziert, wie sich der Umgang mit den einstigen Verfolgungsstätten in den Jahrzehnten zuvor darstellte. Die zahlreichen nach Kriegsende zumeist auf Initiative von ehemals Verfolgten unter der Ägide der alliierten Streitkräfte an Lagerstandorten, Haft- und Mordstätten sowie in zahlreichen Städten zur Erinnerung an die NS-Opfer geschaffenen Denkmale fanden in den 1950er-Jahren nur noch wenig Beachtung. Fortan dominierten die Bombenopfer-, Heimkehrer- und Vertriebenen Denkmale. Die Orte gerieten in Vergessenheit, wozu vielfach auch die Nachnutzung für andere Zwecke beigetragen hat. Bekanntlich nutzte nicht nur das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der Sowjetunion (NKWD) die ehemali-



Zuhörende beim Vortrag von Detlef Garbe. V.l.n.r. in der ersten Reihe:
Andreas Nachama,
Maria Bering,
Klaus Lederer,
Thomas Lutz,
Uwe Bergmeier

gen KZ Buchenwald und Sachsenhausen als Speziallager, auch die westlichen Alliierten bedienten sich der einstigen Konzentrationslager Dachau, Esterwegen oder Neuengamme als Internierungslager. Nach Übernahme der oft zunächst auch als Unterkünfte für Flüchtlinge und Vertriebene dienenden Areale wurden Stätten des NS-Terrors in der Bundesrepublik als Gefängnisse, Polizeischulen oder Militäreinrichtungen nachgenutzt.

Erst nachdem die DDR in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen 1958 bis 1961 Nationale Mahn- und Gedenkstätten einrichtete – nicht zuletzt zur Selbstlegitimation als Weihestätten des »antifaschistischen Vermächnisses« –, entstanden auch im Westen, so in Dachau 1965 und in Bergen-Belsen 1966, KZ-Gedenkstätten mit Ausstellungen.

Der dann, wie beschrieben Anfang der 1980er-Jahre einsetzende Wandel in der Auseinandersetzung mit den Stätten der NS-Verbrechen, der in diesem Jahrzehnt zur Eröffnung einer ganzen Reihe von mit Ausstellungen und pädagogischer Begleitung versehenen Gedenkstätten führte, erfuhr nach 1990 im vereinigten Deutschland eine weitere Stärkung – entgegen anfänglichen Befürchtungen der in- und ausländischen Verfolgtenverbände, dass nunmehr die Gedenkstätten abgewickelt werden würden. Bereits im Einigungsprozess stellte sich die Frage nach der weiteren Unterhaltung der in der DDR ideologisch vereinnahmten Mahn- und Gedenkstätten, die zudem Anfang 1990 durch die Berichterstattung über die Nachnutzung von Buchenwald und Sachsenhausen als sowjetische Speziallager und die Auffindung der Gräber der dort nach 1945 in der Verantwortung des NKWD verhungerten Lagerinsassen in den Blick der Politik gerieten. Fortan wuchs im Zuge ihrer Neukonzeption und der Einrichtung neuer Gedenkstätten, die an das Unrecht des SED-Regimes erinnern, das Bewusstsein dafür, dass es auch eine gesamtstaatliche Verantwortung für die an die NS-Verbrechen erinnernden Gedenkstätten gibt. Diese wurden nun erstmals auch, sofern ihnen eine gesamtstaatliche Bedeutung zugesprochen wurde, durch den Bund gefördert. In zahlreichen Regionen und Kommunen entstanden mit Unterstützung der Länder Gedenkstätten mit Ausstellungen und permanenten Informationsangeboten. Alle Gründungen waren von einem starken bürgerschaftlichen Engagement begleitet.

Zudem verstärkten Fragen nach dem Selbstverständnis des geeinten Deutschlands und nach den Lehren aus der zweifachen Diktaturerfahrung das Interesse an den Gedenkstätten. Der stärkere gesellschaftliche Rückhalt, die steigenden Besucherzahlen und die Förderung aus öffentlichen Mitteln führten zu einer Professionalisierung der Gedenkstätten, die sich nunmehr schrittweise zu zeithistorischen Museen und modernen Bildungsstätten entwickeln konnten. Innerhalb von nur gut einem Jahrzehnt rückten sie von der Peripherie ins Zentrum der Geschichtspolitik.³

In dieser Zeit identitätspolitischer Deutungskämpfe und der Herausbildung einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur übernahm die Stiftung Topographie des Terrors im März 1993 das Gedenkstättenreferat von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., die nach zehn Jahren und unter den Belastungen der Zusammenführung von Sühnezeichen Ost und West diese zusätzliche Aufgabe finanziell nicht mehr bewältigen konnte.

Mit dieser Entscheidung war, so der damalige Stiftungsdirektor Reinhard Rürup, »eine beträchtliche Erweiterung des Aufgabenspektrums der Stiftung Topographie des Terrors verbunden«⁴. Für die Übernahme von Thomas Lutz wurde die noch unbesetzte Stelle eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Für das Gedenkstättenreferat, das im Laufe der Jahre mit einer Sachbearbeitungsstelle, Honorarmitteln und den Einsatz von Freiwilligen des FSJ Kultur gestärkt werden konnte, bedeutete die Einbindung in die Stiftung Partizipation an deren wissenschaftlicher Expertise und einen großen Professionalitätsschub.

Für das Profil dieses Dokumentationszentrums, das über den Terror informiert, den die SS von hier aus über das ganze Land und das von der Wehrmacht besetzte Europa entfachte, waren die Institutionalisierung der Gedenkstättenkoordination und die damit verbundene öffentliche Ausstrahlung zweifellos auch von großem Vorteil. Dass damit eine vom Bund und dem Land Berlin gemeinsam getragene Einrichtung eine übergreifende Aufgabe wahrnimmt, die der Gesamtheit der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Deutschland zugutekommt, steht dem meines Erachtens nicht entgegen.

Für Gedenkstätten und Initiativen, Kommunen und Länder, für Medien, Politik und Forschung ist das Gedenkstättenreferat seit langem eine allgemein anerkannte Anlaufstelle für Beratung und Information. Ihre Koordinationsfunktion nimmt das Referat hoch effizient in vielfältiger Weise wahr. Den von seinem Vorgänger 1983 noch als hektographierte Blattsammlung eingeführten »GedenkstättenRundbrief« entwickelte Thomas Lutz zu einem weit verbreiteten und auch außerhalb der Gedenkstätten geschätzten Fachjournal. Die zunächst zwei-, dann dreimonatige Erscheinungsweise der seit 1997 professionell gestalteten Hefte gewährleistet eine höhere Aktualität als die in diesem Themenfeld zumeist nur jährlich erscheinenden geschichtswissenschaftlichen und -didaktischen Fachzeitschriften. Zugleich bietet der Heftumfang auch Raum für Fachbeiträge. Hinweise auf neue Ausstellungen und Publikationen, auf Veranstaltungen und Tagungen. Nachdem im Mai 2001 die 100. Ausgabe des »GedenkstättenRundbrief« mit durchaus kontroversen Beiträgen zur Standortbestimmung der Gedenkstätten als Jubiläumsausgabe erscheinen konnte, steht nunmehr bald schon die 200. Ausgabe an.

1999 startete das »Gedenkstättenforum« als interaktive Kommunikations-Plattform mit werktäglich aktuellem Pressespiegel, Veranstaltungshinweisen auf Literaturhinweisen, Informationen zu Forschungsprojekten und Diskussionsbeiträgen, die leider auch auf dieser Plattform nicht so stark beigesteuert werden, wie es wünschenswert wäre.



Führung am Standort der T4-Mordstätte in Brandenburg während der Tagung »Archäologie und Gedächtnis. NS-Lagerstandorte. Erforschen-Bewahren-Vermitteln«, 2015.

Ein Kernelement für Erfahrungsaustausch und Weiterbildung stellen die Tagungen dar, die über das Referat organisiert und oft in Kooperation mit anderen Bildungsträgern durchgeführt werden. Die Gedenkstättenseminare werden bis heute an wechselnden Orten und zu unterschiedlichen Fragestellungen fortgeführt. Hinzu kommen Fachtagungen für einzelne Zielgruppen sowie internationale Seminare und Symposien.

Die seit 2012 jährlich ausgerichteten Gedenkstättenkonferenzen richten sich hauptsächlich an die Delegierten, die das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, der in der Gedenkstättenarbeit engagierten Landeszentralen für politische Bildung und die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Sie dienen der Debatte um die zukünftige Entwicklung von Erinnerungsorten vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen. Das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften umfasst derzeit in acht Bundesländern 265 haupt- und ehrenamtlich betreute Gedenkstätten und Erinnerungsorte.⁵

Der Gedenkstättenkonferenz kommt auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil sie gewissermaßen einen Ersatz für die bis heute fehlende gemeinsame Organisation aller Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland bildet.

Als sich vor 20 Jahren die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland gründete, übernahm Thomas Lutz die Geschäftsführung. Die hier vertretenen Leitungen der acht, gemeinsam vom jeweiligen Sitzland und dem Bund geförderten Gedenkstätten Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen haben ein enges Kooperationsnetzwerk geknüpft, führen teilweise gemeinsame Projekte durch und fördern den Austausch von Arbeitsgruppen in den Bereichen Gedenkstättenarchive, -bibliotheken und -pädagogik. Mit zahlreichen Initiativen und Kontakten im politischen Raum wirkte die Arbeitsgemeinschaft an der Ausgestaltung der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft mit, wobei sie sich nicht nur als Lobbyistin in eigener Sache verstand, sondern auf eine Stärkung der für die dezentrale Struktur konstitutiven kleineren Einrichtungen und Initiativen setzte.

Die hohe Wertschätzung, die die Arbeit des Gedenkstättenreferats genießt, zeigt sich auch darin, dass die im November 2008 vom Bundestag beschlossene Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes eine Vertretung des Gedenkstättenreferats in dem Expertengremium festgeschrieben hat, das gegenüber der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Empfehlungen über die Förderwürdigkeit von Projekten ausspricht. Über diese Funktion hinaus nimmt Dr. Lutz zahlreiche Funktionen in Fachkommissionen und Beiräten wahr. So hat er seit vielen Jahren den Vorsitz im Internationalen Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten inne.

Zunehmend wurde der Sachverstand des Gedenkstättenreferats auch in internationalen Bezügen angefragt. Neben Vortragsverpflichtungen und gutachterlichen Stellungnahmen umfasst dies beispielsweise die Mitwirkung an Wettbewerben zur Gestaltung von Ausstellungen, Denkmälern und Gedenkstätten. Er gehört zu den Gründern der Fachsparte Gedenkstätten im »International Council of Museums« (Icom) und stand als Vizepräsident für sechs Jahre mit an der Spitze des »International Committee of Memorial Museums in Remembrance of the Victims of Public Crimes« (IC Memo), dem Museen zu unterschiedlichen Regimeverbrechen rund um den Globus angehören. Seit 2000 ist er vom Auswärtigen Amt als Delegierter in die – so ihr heutiger Name – »International Holocaust Remembrance Alliance« (Ihra) berufen, in der heute über 30 Staaten zusammenarbeiten.

Für viele internationale Partner ist der Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors so etwas wie der Botschafter der bundesdeutschen Gedenkstätten. Schon zum zehnjährigen Bestehen des Referats erklärte Wesley A. Fisher, langjähriges Leitungsmitglied des United States Holocaust Memorial Museums in Washington, D.C. seine Anerkennung, denn bei der Suche nach einem »zentralen Ansprechpartner« habe sich nur das Gedenkstättenreferat als »zentrale professionelle Organisation für Holocaust-Angelegenheiten in Deutschland«⁶ qualifiziert. Soweit die amerikanische Sicht. Hier zeigt sich ein weiterer Vorteil: Mit der Zuordnung des Gedenkstättenreferats zur Stiftung Topographie des Terrors wird in internationalen Zusammenhängen zum Ausdruck gebracht, dass hinter der Dominanz des Holocaust, der Shoah, die anderen nationalsozialistischen Massenverbrechen nicht marginalisiert werden dürfen.

Die Auflistung der Aktivitäten unterstreicht die zentrale Bedeutung einer vernetzenden Koordination, gerade in unserem Land mit seiner ausdifferenzierten und höchst wertvollen dezentralen Struktur von Lernorten, die sich zumeist direkt an den historischen Stätten der Verbrechen befinden. Anders als in Staaten wie den USA, Israel, Polen oder Frankreich besteht keine zentrale nationalstaatliche Einrichtung, die das Erinnerungsnarrativ bzw. Geschichtsbild vorgibt.

In der Bundesrepublik hat sich durch bürgerschaftliches Engagement, den Vereinigungsprozess, Zuwanderungen und internationale Vernetzungen eine pluralistische, in großen Teilen weltoffene Gesellschaft herausgebildet. Dabei zeugt gerade der selbstkritische Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit von einer gewachsenen demokratischen Substanz und einer neuen Aufrichtigkeit. »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«, so Bundespräsident Joachim Gauck am 27. Januar 2015.⁷ Zweifellos ist das Bekenntnis zur Schuld Nazi-Deutschlands zu einem festen Bestandteil des Selbstverständnisses der Bundesrepublik geworden, die nur so vor sich selbst und vor der Welt mit den verbrecherischen Seiten ihrer Vorgeschichte selbstbewusst leben kann. Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert fasste dies 2013 in die



Führung durch die Dauerausstellung der Stiftung Topographie des Terrors während des 57. bundesweiten Gedenkstättenseminars »Don't Forget and Don't Repeat – Der Gegenwartsbezug in der Gedenkstättenarbeit«, 2012

Worte: »Diese Erinnerungskultur ist unverzichtbare Voraussetzung für die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt. Eine Bedingung für das Wiedererlangen des aufrechten Ganges eines geschlagenen, eines politisch verirrten [...] und moralisch diskreditierten Volkes.«⁸

Gerade angesichts der gegenwärtig stark wachsenden Herausforderungen bedarf es einer Stärkung des Netzwerkes der Gedenkstätten, das sich nicht zuletzt aufgrund der Gedenkstättenkonzeption des Bundes entwickeln konnte. Deren in den 1990er-Jahren entwickelten Leitlinien mit der Betonung der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, der wissenschaftlichen Expertise, der Verhältnisbestimmung von NS-Völkermord und DDR-Verbrechen sowie der Schaffung internationaler Opferbeiräte unterstützen die Dezentralität und Unabhängigkeit der Gedenkstätten.

Obleich die Gedenkstättenentwicklung in den Jahren nach der Vereinigung als Erfolgsgeschichte erscheint, inzwischen weit über 300 Gedenkstätten in allen größeren Städten und nahezu flächendeckend über die Verbrechen des NS-Regimes informieren und die Zahl von Gedenkstättenbesuchen weiter steigt und inzwischen bei insgesamt über fünf Millionen jährlich liegt, befinden sie sich in schwierigen Zeiten.

Gerade die tatsächlichen oder vermeintlichen Erfolge im Umgang mit dem belasteten historischen Erbe haben Schlussfolgerungen genährt, es sei auf diesem Gebiet im Grunde alles getan, was hätte getan werden müssen. Die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus gelten ungeachtet aller konkreten Probleme etwa in der Erhaltung von Bausubstanz als saturiert und die Geschichte als ausgeforscht. Erst parlamentarischer Kritik an Abweisungen von Gruppenbesuchen, die aufgrund fehlender Ressourcen in der Besucherbetreuung erfolgten, ist es zu verdanken, dass in den letzten beiden Jahren doch noch eine Erhöhung von Mitteln für die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten erfolgte.

Da kaum noch Zeitzeugen und Zeitzeuginnen aus eigenem Erleben von den NS-Verbrechen berichten können, wird den Gedenkstätten zukünftig noch stärker die Aufgabe zuwachsen, als sichtbare Zeugen die Erinnerung an das begangene Unrecht zu bewahren. Gerade weil die Überlebenden verstummen werden, dürfen die Gedenkstätten nicht

stummer Stein sein, nur dem ritualisierten Gedenken zu bestimmten Anlässen vorbehalten. Sie müssen vielmehr anstößig bleiben, die Menschen nicht zum Schweigen, sondern zum Sprechen bringen, Fragen aufwerfen.

Als weitere Herausforderungen seien genannt:

- die sich vergrößernde zeitliche Distanz,
- die Ablösung jener Aufarbeitungsgeneration, deren Antrieb sich oft aus der Scham über das Schweigen ihrer Eltern speiste, hin zu unbefangeneren, weniger biografisch geprägten Zugängen,
- die sich in der digitalen Welt nicht nur bei Jugendlichen rapide verändernden Ansprechbarkeiten,
- die Herausforderungen einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft mit anderen Erfahrungshintergründen und Fluchtgeschichten, die nicht von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges geprägt sind,
- die Zunahme des Antisemitismus, sowohl aus der Mitte der Gesellschaft heraus wie durch vor Bürgerkrieg und Verfolgung zu uns Geflüchtete, von denen viele in einem von Israel- und Judenhass geprägten Umfeld aufgewachsen sind.

Hier sehen sich die Gedenkstätten mit der Erwartung konfrontiert, verstärkt Beiträge zur Integration und Festigung der demokratischen Wertekultur zu leisten.

Im Zusammenhang mit den Erwartungen, die an Gedenkstätten gerichtet werden, sei mir aus aktuellem Anlass ein Wort zu der Debatte um schulische Pflichtbesuche in KZ-Gedenkstätten erlaubt. Dies ist meines Erachtens eine Scheindebatte, denn natürlich sind in den entsprechenden Lehrplänen verankerte Besuche von Schulklassen begrüßenswert und pädagogisch geboten. Entsprechende Empfehlungen zu im Unterricht eingebetteten außerschulischen Gedenkstätten-Exkursionen finden sich aber bereits heute in vielen Bundesländern in den Lehrplänen und Curricula. Pädagogisch sinnvoll sind hier natürlich keine Schnelldurchschleusungen, sondern qualifiziert begleitete Projektstage, in denen Schülerinnen und Schüler nicht nur bei geführten Rundgängen belehrt werden, sondern in die möglichst auch interaktive Elemente, Anteile von eigenen Erkundungen mit an den jeweiligen Interessenlagen orientierten Arbeitsaufträgen und vor allem Gesprächsphasen eingebettet sind. Und dafür müssen natürlich die Voraussetzungen sowohl im Schulbetrieb wie in den Gedenkstätten geschaffen werden. Schon jetzt sind zahlreiche Gedenkstätten, und zwar insbesondere die stark frequentierten, gar nicht in der Lage, den gegenwärtigen Bedarf abzudecken. Nur ein Beispiel: In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sind wir heute bei jährlich über 2000 begleiteten Gruppen mit nach Alter, Schulform oder Ausbildungsgang sowie Sprache differenzierten Angeboten am Ende unserer personellen Möglichkeiten. Für einen weiteren Anstieg fehlen uns schlicht die finanziellen Ressourcen.

Die pädagogische Kritik in der Debatte, auch aus Kreisen der Gedenkstätten, machte sich an der Diktion von Zwangsbesuchen fest, denen durch eine Anschaulichkeit der Verbrechen geradezu kathartische Wirkungen zugeschrieben werden. Gerade weil Schule natürlich ohnehin ein Pflichtcharakter eigen ist, machen hier Gesten des Zwanges keinen Sinn, was auch die gegenteiligen Effekte des verordneten Antifaschismus zu DDR-Zeiten zeigen. Wenn Schülerinnen und Schüler und auch Lehrkräfte den Eindruck haben, dass hier Haltungen von ihnen abverlangt werden, machen sie »dicht« und entwickeln eine innere Abwehr. Wir brauchen aber für Lernerfahrungen und emotionale Ansprechbarkeit offene Schülerinnen und Schüler, die sich trauen, jede

ihrer Fragen zu stellen. Veränderungen des politischen Bezugsfeldes, die stets die Arbeit in den Gedenkstätten tangieren, werden auch bedingt durch die in den letzten Jahren wieder zunehmenden Bedrohungslagen, kriegerische Auseinandersetzungen und globale Krisen, die in Form gesellschaftlicher Verwerfungen oder terroristischer Gefahren auch unmittelbar auf uns Auswirkungen haben. In Zeiten, in denen Autokraten nationalstaatlichen Eigennutz, Abschottung und neue Aufrüstung nach innen wie außen propagieren, fragen sich viele, ob die gesellschaftliche Verankerung der demokratischen Errungenschaften, die institutionellen Sicherungen des Rechtsstaates und die internationale Friedensordnung stark genug sind. Verstärkt erreichen die Gedenkstätten besorgte Anfragen von den hochbetagten Überlebenden des NS-Terrors und ihren Angehörigen, wie weit die Lehren aus den geschichtlichen Erfahrungen des Nationalsozialismus tragen.

In dieser Situation schwindender Gewissheiten wird gegenwärtig die in den zurückliegenden Jahrzehnten in einem mühsamen Prozess gesellschaftlicher Verständigung erstrittene und gefestigte bundesdeutsche Erinnerungskultur von dem erstarkenden Rechtspopulismus grundsätzlich infrage gestellt. Nun wird wieder erklärt, dass man »uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten« müsse, offen eine »erinnerungspolitische Wende« gefordert, die Worte von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 über die Befreiung vom Nationalsozialismus als »Rede gegen das eigene Volk« gebrandmarkt und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas als »Schandmal« gegeißelt. Dies waren keine Entgleisungen. Hier soll einem neuen Nationalismus und der Wiederkehr von Leugnung, Aufrechnung und Relativierung der Weg bereitet werden. Wir werden uns auch weiterhin auf Angriffe auf die Erinnerungskultur gefasst machen müssen, die eine neue Qualität erreichen werden. Denn hier geht es um die Frage nationaler Identität, um das Selbstverständnis unseres Landes.

Geschichtspolitische Deutungskämpfe wirken auf die Gedenkstätten ein, die nach der Vereinigung vor dem Hintergrund der zweifachen Diktaturerfahrung zur Staatsräson in der neuen geläuterten Bundesrepublik wurden. Nun schwinden Selbstgewissheiten auch in den Gedenkstätten. Das in der Kritik an Gedenkritualen und der Affirmation, die in den Gedenkstätten an die Stelle ihrer früheren Anstößigkeit getreten sei, in der Forschung geäußerte »Unbehagen an der Erinnerungskultur«⁹ wird jetzt von anderer Seite und aus einer gänzlich anders gelagerten Motivation vorgebracht. Die Gedenkstätten erfahren nunmehr, wie sehr ihr Erfolg Gegenkräfte mobilisiert, wie relevant nach wie vor die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist und dass es sich bei ihren Anliegen entgegen mancher in den letzten Jahren geäußerten Einschätzungen durchaus noch um »heiße Geschichte« handelt.

Fraglos waren die Gedenkstätten, die von den nationalsozialistischen und damit von deutschen Verbrechen zeugen, Rechtsextremisten schon immer verhasst – schon vor 30 Jahren erklärte der deutschnationale Publizist Armin Mohler die Überwindung des »Bewältigungsrummels«¹⁰ zur Voraussetzung für ein befreites nationales Selbstbewusstsein. In den vom »Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes« herausgegebenen »Deutschen Monatsheften« war diese Forderung 1985 in die klaren Worte gefasst worden: »Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten.«¹¹ Die Befreiung vom – wie sie es nennen – »Schuldkult«, um einen neuen Nationalismus den Weg bereiten zu können, war und ist ein zentrales Anliegen nicht weniger Vordenker der Neuen Rechten. Nun wird ein solches Denken – so steht

zu befürchten – fortan ein parlamentarisches Sprachrohr finden und dann wohl auch in Rundfunkräten oder den Aufsichtsgremien der Zentralen für politische Bildung und vielleicht auch der Gedenkstätten zu hören sein. Jetzt wird es darauf ankommen, wie stark der Widerspruch und Widerstand in unserer Gesellschaft sein wird. Noch gibt es eine große und erfreuliche politische Einmütigkeit aller demokratischen Kräfte und Parteien in unserem Land, dem Ungeist entschieden entgegenzutreten.

Der Rechtspopulismus ist heute zweifellos die größte Herausforderung, vor der wir stehen, nicht nur bei uns, sondern in vielen Staaten, in denen große Bevölkerungsteile wirtschaftliche Verunsicherung verspüren, sich ängstigen, und deshalb für Hetze auf vermeintlich Schuldige empfänglich werden. Das Problem sind dabei nicht nur die rechtspopulistischen Parteien, sondern Erosionsgefahren in der Mitte, Gewichtsverschiebungen in der ganzen Breite sozusagen. Hier bedarf es eines klaren Damms gegen menschenrechtsfeindliches Denken. Unter den Herausforderungen des deutlich erstarkten Rechtspopulismus stehen die Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen vor einer substantiellen Herausforderung. Nun müssen sie sich bewähren und ihren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Gegenkräfte und zur Entzauberung der neuen Unheilspropheten leisten.

Unter dem Eindruck sich verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen, gestiegener Besucherzahlen und wachsender Aufgaben wandten sich im letzten Jahr die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten und das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften mit einer gemeinsamen Erklärung¹² an Öffentlichkeit und Politik. Sie fordern größere Anstrengungen für Aufarbeitung und Vermittlung und ein Ende der Ungleichgewichte. Bei einer Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes seien vorrangig zu berücksichtigen:

- die Unterstützung innovativer pädagogischer Projekte, insbesondere die Entwicklung integrativer Formate für Migrantinnen und Migranten,
- Förderwege für Einzelprojekte und kleinere Gedenkstätten auch für den Bereich der NS-Aufarbeitung, wie dieses mit Haushaltsmitteln des Bundes bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der Fall ist,
- Erhalt von akut bestandsgefährdeten baulichen Relikten in den ehemaligen Konzentrationslagern und vergleichbaren Stätten,
- Sicherung und Erschließung der Sammlungen und Archive, um den Wissenstransfer für die nächsten Generationen sicherzustellen.

Da die dezentrale bundesdeutsche Gedenkstättenlandschaft in besonderem Maße der Vernetzung bedarf, bildet in der Erklärung die dauerhafte Absicherung und signifikante Stärkung des Gedenkstättenreferats einen Kernpunkt. Gerade im Hinblick auf den auch hier in nicht ferner Zukunft anstehenden Generationswechsel ist dringend eine Struktur vonnöten, mit der das in den zurückliegenden Jahrzehnten angehäuften Erfahrungswissen gerettet werden kann.

Schon anlässlich des zehnjährigen Jubiläums wies Reinhard Rürup auf die Unverzichtbarkeit des Referats für die Gedenkstättenarbeit in Deutschland hin.¹³ Und der damalige Amtschef der Staatsministerin für Kultur und Medien, Knut Nevermann, erklärte zum gleichen Anlass, dass sicherlich das Gedenkstättenreferat »auf lange Sicht ausgebaut werden« müsse, »aber schon jetzt« – so formulierte er es 2003 – haben wir »durch die Wirksamkeit des Referats und die kollegialen Kontakte der Gedenkstätten untereinander, [...] ein professionelles Niveau erreicht, das es sonst auf der Welt nicht

gibt«. Und er fügte hinzu: »Es wäre absurd, eine so sinnvolle und leistungsfähige Struktur in Frage zu stellen.«¹⁴

Auch wenn ich nicht davon ausgehe, dass ein so erfolgreiches Projekt in irgendeiner Weise in seiner Fortführung gefährdet sein könnte, so ist gleichwohl der angedachte Ausbau – und dafür sollten die inzwischen verstrichenen 15 Jahre eigentlich Zeit genug gewesen sein – im Wesentlichen ausgeblieben. Die Stiftung Topographie des Terrors hat hierfür im Rahmen der ihr zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel keinen weiteren Spielraum gehabt.

Von daher ist es sehr zu hoffen, dass in den verbleibenden Dienstjahren von Thomas Lutz die Weichen dafür gestellt werden, dass diese unverzichtbare Aufgabe sich zukünftig ihren gewachsenen Anforderungen mit mehr Ressourcen widmen kann. Und vielleicht gibt es für den Kollegen Lutz dann die Gelegenheit, ein Projekt zu realisieren, das er in einem Interview andeutete, als er nach seinem großen beruflichen Traum gefragt wurde: »Einmal genug Zeit haben, um die Entwicklung der Aufarbeitung der NS-Geschichte in Gedenkstätten niederschreiben zu können.«¹⁵

Dr. Detlef Garbe ist Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in Deutschland.

- 1 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart. München 2009, S. 425ff.
- 2 Das Buch erschien eininhalb Jahre später: Detlef Garbe (Hg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik. Bornheim-Merten 1983.
- 3 Vgl. Detlef Garbe: Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelinek (Hg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Essen 2005, S. 59–84.
- 4 Netzwerk der Erinnerung. 10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors. Eine Veröffentlichung der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin, herausgegeben von Reinhard Rürup. Berlin 2003, S. 8.
- 5 Vgl. Thomas Lutz mit Marie Schulze: Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Deutschland, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 187 (9/2017) S. 3–17.
- 6 Zit. nach: Netzwerk der Erinnerung (Anm. 3), S. 47.
- 7 Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Gedenktag, 27. 1. 2015, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw05_gedenkstunde/357044 (zuletzt eingesehen am 8. 2. 2018).
- 8 Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert, in: Gedenkstunde der Hamburgischen Bürgerschaft zur Erinnerung an das gewaltsame Ende der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland im März 1933 und an die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal des Hamburger Rathauses am 11. April 2013. Hrsg.: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 2013, S. 14–33, hier S. 31.
- 9 Vgl. Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention. München 2013.
- 10 Armin Mohler, Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer, München 1991, S. 344.
- 11 Peter Medrina, in: Deutsche Monatshefte (1985), Nr. 1, zit. nach Thomas Assheuer, Der Weg führt über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten, in: Frankfurter Rundschau, 27. 10. 1992.
- 12 Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten/FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland, Erklärung »Erinnerungskultur und historisch-politische Bildung stärken – Gedenkstätten an den Orten des NS-Terrors fordern größere Anstrengungen für Aufarbeitung und Vermittlung und ein Ende der Ungleichgewichte«, Berlin, 5. Mai 2017
- 13 Netzwerk der Erinnerung (Anm. 4), S. 9.
- 14 Zit. nach: ebd., S. 47.
- 15 Zit. nach: ebd., S. 19.

Staatsverbrechen in ihrer historischen Aufarbeitung. Ein internationaler Vergleich

EIN PODIUMSGESPRÄCH VON UWE BERGMEIER, CAROL GLUCK UND ALEXANDER HASGALL. MODERIERT VON THOMAS LUTZ



Thomas Lutz

Im Folgenden möchte ich mit Unterstützung meiner Kollegin und den Kollegen auf dem Podium den Fokus auf die internationale Perspektive bei der Beschäftigung mit der Geschichte der NS-Verbrechen lenken, der für die Gedenkstätten zunehmend an Bedeutung gewinnt. Dies lässt sich auf zwei Ebenen feststellen: Die eine Ebene betrifft den Austausch über die Geschichte und Gegenwartsbedeutung der NS-Verbrechen. Dazu gibt es zahlreiche bi- und internationale Projekte: Mein Kollege Klaus Hesse bereitet z.B. aktuell eine große Ausstellung mit dem NIOD¹, dem holländischen Kriegs- und Holocaustforschungsinstitut, über die deutsche Besatzung vor.

Es gibt aber nur eine internationale Organisation, die sich kontinuierlich um einen Austausch von Experten und Vertretern der Politik, zumeist Diplomaten, bemüht: die »International Holocaust Remembrance Alliance« (IHRA)². Seit der Stockholmer Konferenz 2000 ist die Bundesrepublik Mitglied dieser Organisation, der heute 33 Mitgliedsländer angehören.

An einem Beispiel möchte ich die Bedeutung dieser Allianz aufzeigen: Seit vielen Jahren gibt es Kritik an der Gedenkstätte Jasenovac in Kroatien. Jasenovac war der größte Lagerkomplex, den die faschistische Ustascha-Regierung im formal Unabhängigen Staat Kroatien betrieb. Vor allem das Schicksal der serbischen Opfer und der ermordeten Roma wird dort nicht adäquat dargestellt. Vor Kurzem habe ich gemeinsam mit einem französischen Kollegen vom Museum Mémorial de la Shoah und einer holländischen Kollegin vom Anne-Frank-Haus im Auftrag der IHRA in Kroatien Gespräche geführt, um deutlich zu machen, dass die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte nur beendet werden können, wenn alle Opfergruppen entsprechend Berücksichtigung und Anerkennung finden. In Gesprächen mit den neuen Ministerinnen für Kultur und für Bildung zeigte sich, dass ihnen die Konfliktlinien durchaus bewusst sind. Zugleich wurde offensichtlich, dass es in Politik und Gesellschaft – auch vor dem Hintergrund der Kriege im auseinanderbrechenden Jugoslawien der 1990er-Jahre – starke nationalistische Strömungen gibt, die nicht an ihren Geschichtsmythen rütteln lassen wollen und auf die Rücksicht genommen werden muss. Ich bin überzeugt, dass es nur durch einen internationalen Dialog, der auf der einen Seite sensibel mit der Situation vor Ort umgeht und auf der anderen Seite dafür streitet, dass die Geschichtsmythen nicht weiter kolportiert oder gar durch andere ersetzt werden, zu einem offenen Dialog kommen kann. Im Moment scheint in Kroatien ein Fenster ein wenig geöffnet zu sein. Man sollte die Chance nicht ungenutzt lassen.

Positive Entwicklungen im internationalen Dialog sind durchaus auch in dieser Region möglich: Vor sechs Jahren war noch nicht denkbar, was zumindest mit einem



von der UNESCO initiierten Projekt zur Erarbeitung einer gemeinsamen post-Jugoslawischen Ausstellung über den Zweiten Weltkrieg für die nationalen Ausstellungen in der Gedenkstätte Auschwitz, an dem ich als Berater mitgewirkt habe, gelungen ist: Unter historischen Experten aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens besteht heute Einvernehmen über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, was die Opfergruppen, die Zahl der Getöteten sowie die dafür Verantwortlichen anbelangt. Leider sind Politik und Öffentlichkeit noch nicht so weit, die sachliche Geschichtsdarstellung allgemein anzuerkennen. Dieses Beispiel zeigt, dass man in Europa nur zu einem gemeinsamen Verständnis über die Historie des Zweiten Weltkriegs gelangen kann, wenn man zunächst die unterschiedliche Wirkungsgeschichte in den einzelnen Ländern und Regionen begreift. Danach macht es Sinn, im internationalen Diskurs das eigene Geschichtsbild zu hinterfragen.

Wenn wir uns zurückerinnern, haben auch in Deutschland die beständigen Forderungen aus dem Ausland, insbesondere der Überlebenden-Organisationen, sehr viel zur Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft beigetragen. Zumindest wird offensichtlich, dass ein von oben oktroyiertes eindimensionales Verständnis der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, wie es vom Europäischen Parlament mit dem Haus der Geschichte in Brüssel implementiert wurde, der falsche Weg ist. Hiermit werden Geschichtsmythen weiter kolportiert und letztendlich rechtspopulistischen und -nationalistischen Interpretationsweisen Tür und Tor geöffnet.

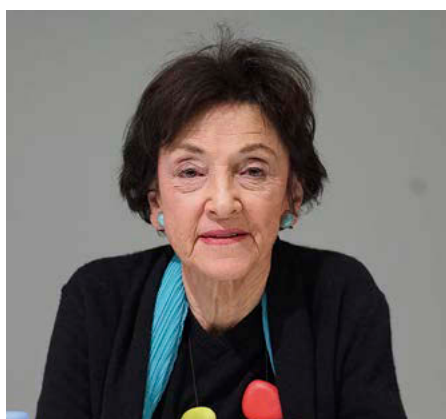
Im folgenden Gespräch werden wir uns mit der zweiten von mir angesprochenen Ebene befassen: der Internationalisierung der Erinnerung an Verbrechenregime und dem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen, die sich mit anderen Regimen befassen, die Staatsverbrechen begangen haben. Bereits 2003 wurde für diesen Zweck eine internationale Organisation gegründet: das »International Committee of Memorial Museums in Remembrance of Victims of Public Crimes« (IC MEMO). Dabei wirkten viele Kollegen

Podiumsdiskussion.
V.l.n.r.: Thomas Lutz,
Alexander Hasgall,
Carol Gluck,
Uwe Bergmeier

mit, die in NS-Opfer-Gedenkstätten international tätig sind. Eine wichtige Rolle in der Gründungsphase kam dem damaligen Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, Wulff Brebeck, zu. Die Neugründung erhielt von Beginn an viel Unterstützung von der Dachorganisation, dem International Council of Museums (ICOM). Mit dem IC Memo soll gewährleistet werden, dass die nachhaltige Professionalisierung der Gedenkstätten als Museen mit besonderen Aufgaben in einem fachlichen Diskurs stattfindet.

Seit dem Bestehen des Komitees ist deutlich geworden, dass damit keine Minimierung der NS-Verbrechen, aber auch nicht anderer Gewaltregime einherging. Allen Beteiligten ist klar, dass die Geschichte so verschieden ist, dass es sich verbietet, »Hitlisten« aufzustellen, wer mehr gelitten hat. Da staatliche Gewaltsysteme häufig internationale Auswirkungen hatten, macht es Sinn, sich auch bei der Aufklärung über die Verbrechen international zu vernetzen. Zudem bestehen in der alltäglichen professionellen Arbeit der Gedenkstätten sehr viele Ähnlichkeiten. Fragen wie etwa der Erhalt von Stätten und Gebäuden, die Würdigung unterschiedlicher Opfergruppen, deren Anerkennung und Entschädigung in den Nachfolgesellschaften oder die Bestrafung der Täter weisen viele Ähnlichkeiten auf.

Unter den Podiumsgästen darf ich zunächst Professor Carol Gluck vorstellen, die an der Columbia University in New York forscht und lehrt. Carol Gluck ist Gründerin und Leiterin des an der Columbia University angesiedelten Programms »The Committee on Global Thought«. In dieser Funktion hat sie zahlreiche Seminare, Veranstaltungen und andere Formen des Austauschs organisiert, die sich mit Erinnerungspolitik in globalen Zusammenhängen beschäftigen. Carol Gluck ist Professorin für moderne japanische Geschichte und hat dazu umfänglich publiziert. Zudem hat sie sich bemüht, die japanische Regierung von der Notwendigkeit einer Veränderung in der Geschichtspolitik zum Zweiten Weltkrieg zu überzeugen. Der Zweite Weltkrieg dauerte in Asien länger als in Europa – eine Tatsache, die aus dem europäischen Bewusstsein weitgehend verdrängt wird. Soweit mir bekannt, thematisiert lediglich das neue Museum des Zweiten Weltkriegs im polnischen Danzig diesen Aspekt. Deshalb meine erste Frage: Wie erinnern sich die Japaner an den Zweiten Weltkrieg?



Carol Gluck

Zunächst möchte ich Dr. Lutz auch im Namen der internationalen Gemeinschaft danken, weil die »Topographie des Terrors« und das Gedenkstättenreferat für alle, die auf dem Feld der Erinnerungspolitik in einem globalen Kontext arbeiten, von großer Bedeutung sind. Dr. Lutz brachte seine Erfahrung zum Beispiel im Rahmen des politisch schwierigen Projekts einer nationalen Gedenkstätte zur Erinnerung an die Anschläge am 11. September 2001 in New York ein. Dafür herzlichen Dank!

Zu Japan: Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg prägen zwei Narrative. Zum einen wird eine Opfergeschichte erzählt, nach der das japanische Volk Opfer seiner politischen Führer wurde, die es in einen katastrophalen Krieg verstrickten. Zum anderen wird der Krieg reduziert auf die Zeit zwischen dem Angriff auf Pearl Harbor 1941 und dem Abwurf der Atombomben 1945, also auf jenen Krieg, den die Amerikaner gegen Japan führten. Das ist aber nicht der Zweite Weltkrieg, der mit dem japanischen

Überfall auf China 1937, ja eigentlich schon mit einem früheren Angriff 1931 begann. Diese zeitliche Reduzierung hatte zur Folge, dass der Japanisch-Chinesische Krieg, der die Ursache für den Angriff auf Pearl Harbor war, aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwand. Aber infolge der amerikanischen Besatzung konnten sich die Japaner jahrzehntelang als Opfer ihrer Führungskräfte fühlen und sich in einer neuen Weltordnung einrichten, die auf dem Pazifischen Krieg 1941–1945 basierte. Das funktionierte bis zum Ende des Kalten Krieges. Erst mit dem Aufstieg Asiens in den 1980er- und vor allem in den 1990er-Jahren forderten die Völker und Regierungen Chinas, Südkoreas und anderer Staaten, dass sich Japan endlich seiner Geschichte und seinem aggressiven Verhalten in Asien während des Krieges stellen sollte. Dieser Prozess dauert bis heute an.

Thomas Lutz Im Zentrum der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Europa steht die Shoah. Was sind in diesem Zusammenhang die wichtigsten Themen in Japan?

Carol Gluck Ich stelle fest, dass in Deutschland häufig über nationalsozialistische Verbrechen gesprochen wird. In Asien sind weniger die japanischen Verbrechen Thema, sondern mehr die japanischen Gräueltaten: als Erstes der Angriffskrieg, der im Falle von Korea auf eine brutale Kolonialherrschaft folgte. Hinzu kommen das Massaker von Nanjing, die ehemaligen »Tröstfrauen« oder Sexsklaven der japanischen Armee sowie die biologische und chemische Kriegführung. Neuerdings spielt die Zwangsarbeit eine Rolle – ein Thema, mit dem Sie auch vertraut sind – und weitere Taten in China, Korea und andernorts. Für ganz Asien stehen also der Angriffskrieg und die Gräueltaten im Zentrum.

Thomas Lutz Sie sprechen von einem Angriffskrieg. Was bedeutet das für die Erinnerung an diesen Krieg in Asien und insbesondere für Japan und seine Nachbarn? In Deutschland haben wir uns um eine Aussöhnung mit den Ländern bemüht, die unter dem NS-Regime und der Wehrmacht gelitten haben. Wie verhält sich das in Asien? Und auf welche Weise kann der Prozess einer Annäherung zwischen Völkern und Nationen auf einen guten Weg gebracht werden?

Carol Gluck Zunächst ist es sehr wichtig, den Unterschied in der politischen Chronologie zwischen der westdeutschen respektive dann der gesamtdeutschen Erinnerung an den Krieg und jener in Asien zu begreifen. Bislang verläuft die Erinnerung in Japan entlang der genannten Narrative, die erst allmählich ins Wanken geraten. Ich nenne das »frozen stories«, die nun nach dem Ende des Kalten Krieges langsam auftauen. Erst nach dem Kalten Krieg konnte – oder musste – Japan seinen Blick auf den asiatischen Krieg richten. Wenn Sie überlegen, wie zielgerichtet Westdeutschland seine europäische Integration bereits während des Kalten Krieges in den 1940er- und 1950er-Jahren verfolgte (NATO und Aussöhnung aus geopolitischen Gründen), wird hier ein fundamentaler geopolitischer Unterschied deutlich. Meiner Meinung nach ist es naheliegender, die Entwicklung in Ostasien und Osteuropa zu vergleichen. Sie haben Südosteuropa bereits erwähnt. Zurzeit ist die Erinnerungspolitik an den Zweiten Weltkrieg in den Ländern Osteuropas – vom Baltikum im Norden bis zum Balkan im Süden – genauso im Fluss wie in Ostasien. Der Grund dafür ist einfach: In Osteuropa gab die Sowjetunion die

Erinnerungspolitik vor, in Japan die USA. Man könnte sagen, dass die Nachkriegszeit in Osteuropa und in Ostasien erst nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Kriegs begann. Aber auch in Westeuropa war der Versöhnungsprozess langwierig und dauert immer noch an. In Asien ist im Moment viel von Versöhnung die Rede, was in der Tat eine neue Entwicklung ist – jedenfalls was die Verwendung dieses Begriffs anbelangt –, aber das wird auch Zeit brauchen. Wie in Westeuropa wird diese Entwicklung zu einem großen Teil von der Politik bestimmt werden, sowohl von der Innenpolitik in den Ländern als auch von der Außenpolitik in der gesamten Region.

Thomas Lutz Wir befinden uns hier in einem Dokumentationszentrum und haben viel über Gedenkstätten gesprochen. Auch in Japan gibt es Museen, die den Zweiten Weltkrieg zum Thema haben. Das bekannteste ist das Hiroshima Peace Memorial Museum. Welche Bedeutung haben diese Museen für das Geschichtsverständnis und für die zukünftigen Generationen?

Carol Gluck Als jemand, der sogar während seines Urlaubs Kriegsmuseen besucht, kann ich Ihnen versichern, dass es weder in Japan noch in China, Taiwan, Südkorea, Singapur, Indonesien, auf den Philippinen oder andernorts ein Museum wie die »Topographie des Terrors« gibt. Keines dieser Museen stellt den Gesamtzusammenhang so dar, dass es die Besucher zum Nachdenken anregt. Jedes Land hat sehr national, viele sogar nationalistisch ausgerichtete Museen. Dies ist ein weiteres Charakteristikum, wie in Asien heutzutage des Krieges gedacht wird. Fast alle der vielen Hundert Museen Japans, die den Zweiten Weltkrieg ausstellen, führen das Wort »Frieden« in ihrem Titel und transportieren die Botschaft des »Nie wieder!« Das wichtigste und mit jährlich 1,5 Millionen Besuchern aus dem In- und Ausland größte japanische Museum ist das Hiroshima Peace Memorial Museum. Auch dieses Museum spiegelt die frühen Narrative wider. Natürlich werden die Schrecken des Atomkriegs gezeigt, aber das Opfernarrativ (sowohl von Überlebenden des Atombombenangriffs als auch Japan als Ganzes) und das Narrativ des Pazifischen Krieges spielen eine wesentliche Rolle. Der historische Kontext wird – im Unterschied zur »Topographie des Terrors« – nicht ausreichend dargestellt. Und jene Museen, die sich um diese Zusammenhänge bemühen, haben nur wenige Besucher. Allerdings finden auch die Museen, die den Krieg glorifizieren, kaum Anhänger, weil sie meist museumsdidaktisch nicht gut gemacht und für die jüngeren Generationen nicht von Interesse sind. Meiner Meinung nach ist es noch ein langer Weg, bevor die Museen in Asien die historischen Zusammenhänge vergleichbar mit der »Topographie des Terrors« ausstellen werden. Ich bedauere, dass ich nichts anderes berichten kann.

Thomas Lutz Als weiteren Podiumsteilnehmer darf ich Ihnen Alexander Hasgall vorstellen. Er leitet den Council for Doctoral Education der European University Association in Genf und ist Mitbegründer des »Arbeitskreises für Vergangenheitspolitik« in der Schweiz. Heute haben wir ihn jedoch auf das Podium gebeten, weil er sich etwa so lange, wie das Gedenkstättenreferat der »Topographie des Terrors« existiert, mit der Einhaltung der Menschenrechte in verschiedenen Ländern Südamerikas befasst. So hat er promoviert zum Thema »Regime der Anerkennung. Kämpfe um Wahrheit und Recht in der Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur«. Im Unterschied zu Südostasien geht es hier vorrangig um einen nationalen Konflikt, um einen Bürgerkrieg, eine

Diktatur. Häufig ist von der argentinischen Militärdiktatur die Rede, eine Bezeichnung, die die Opferseite für unzureichend hält. Warum?

Alexander Hasgall

Ich glaube, die schwierigen Fragen der Anerkennung, die auch in der »Topographie des Terrors« gestellt werden, spielten auch in Argentinien eine große Rolle. Ich freue mich deshalb, dieses Thema hier zu diskutieren. Der Fall Argentinien ist insofern interessant, weil der Putsch am 24. März 1976 nicht von einer ausländischen Macht ausging, sondern ein Staatsstreich war. Er wurde international vielfach verstanden als Durchsetzung einer Ordnung im Chaos Argentiniens, das durch massive innere Konflikte geprägt war. Der Putsch hatte durchaus auch in der argentinischen Gesellschaft Unterstützung. Ungefähr ein Jahr nach dem Staatsstreich ging es neben der Zerstörung insbesondere der linksperonistischen Opposition auch um eine Veränderung des Wirtschaftssystems, was – wie der bekannte und später ermordete Journalist Rodolfo Walsh in einem offenen Brief an die Militärmachthaber anlässlich des einjährigen »Jubiläums« des Staatsstreichs konstatierte, zu einer Reallohnseinbuße von etwa 40 Prozent führte. Neben der militärischen Komponente waren also durchaus zivile Interessen von der Diktatur berührt. Das wurde lange Zeit kaum thematisiert, weil die Junta, die nach der Niederlage im Falkland-Krieg zudem vor Gericht gestellt wurde, den Diskurs dominierte. Aber in den letzten zehn bis 15 Jahren wurde die andere Frage, inwiefern auch zivile Interessen eine Rolle spielten, immer häufiger aufgebracht, sodass der Begriff Militärdiktatur jetzt ersetzt wird durch den Begriff einer zivilen militärischen Diktatur. Daraus resultierend stellt sich auch die Frage nach Schuld und Verantwortung wieder neu, wobei dies die Verantwortung des Militärs nicht mindert.



Thomas Lutz Wie ist es nach einer »zivilen Militärdiktatur« überhaupt möglich, diese Frage nach Schuld und Verantwortung zu stellen, und wie kann es gelingen, den Opfern Gehör zu verschaffen?

Alexander Hasgall Die Frage der Transitional Justice wurde durch den Fall Südafrika mit der Aufarbeitung der Apartheid und der Rolle der Wahrheitskommission geprägt. Bekanntlich spielte dabei die Idee einer Wahrheit, und vor allem auch das christliche Element, demzufolge die Wahrheit ausgesprochen werden musste (Wahrheit macht frei, Johannesevangelium), in Südafrika eine entscheidende Rolle. Vielleicht hatte man auch die Hoffnung, das Trauma der Opfer überwinden zu können, indem man ihnen eine Stimme gab. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich gezeigt, dass diese Prozesse sehr komplex sind und die Hoffnung, durch das Aufdecken der Wahrheit die Trauma zu bewältigen, selten funktioniert hat, weil daraus neue Fragen resultieren. Es reicht eben nicht nur zu reden, sondern dann kommen auch materielle Unterstützungen, etwa Reparationen, ins Spiel. Gerade in Argentinien entstand daraus eine große Debatte, die auch zur Spaltung der »Madres de Plaza de Mayo«, einer der wichtigen argentinischen Menschenrechtsorganisationen, führte. Eine Gruppierung war bereit, Reparationszahlungen zu akzeptieren, auch weil ihr Reden zu »billig« und eine materielle Entschä-

digung erforderlich schien, während andere argumentierten, dass man sich dadurch kaufen ließe. Hierin zeigt sich, dass zum Ziel, den Opfern eine Stimme, eine Subjektivität zu geben, sowohl konkrete Unterstützung als auch symbolische Handlungen notwendig sind, wobei hier auch sich widersprechende Auffassungen eine Rolle spielen können. Letztlich sind dies langwierige, eigentlich nicht endende Prozesse, es gibt keine »instant«-Aufarbeitung; gleichzeitig haben Gesellschaften aber ein Interesse, sich weiter zu entwickeln und das Vergangene hinter sich zu lassen. In Lateinamerika gibt es ganz unterschiedliche Dynamiken. Guatemala hatte eine sehr gute Wahrheitskommission, der es aber nicht gelungen ist, ihre Ergebnisse pädagogisch nutzbar zu machen. Nun liegt ein guter, mehrbändiger Bericht vor, der die Hauptverantwortung des Militärs klarstellt. Dieser wird von der Gesellschaft aber wenig rezipiert und verhindert nicht, dass Militärs mit dunkler Vergangenheit politisch Karriere machen und gewählt werden. Zugleich gibt es Länder wie Argentinien und Chile, die auch durch eine Zusammenarbeit untereinander und mit ausländischen Institutionen wie der »Topographie des Terrors« eine Gedenkkultur entwickeln und eigene Impulse setzen.

Thomas Lutz Welche Rolle spielen die Gedenkstätten in Argentinien in diesem Prozess?

Alexander Hasgall Es gibt sehr unterschiedliche Gedenkstätten. Dies liegt nicht nur an der geografischen Größe des Landes, sondern auch an der Unterschiedlichkeit und teilweise inneren Konflikten zwischen verschiedenen Angehörigen- und politischen Organisationen. Es gibt nicht DAS Gedenken, sondern vielmehr sehr unterschiedliche Herangehensweisen, immer bezogen auf die aktuelle politische Situation, die sich durch einen Regierungswechsel schlagartig verändern kann. Es ist auch die Frage, welche Rolle die Öffentlichkeit und der Staat für das Gedenken spielen. Dies kann sich sehr stark wandeln, wenn sich die politischen Grundlagen ändern. Im Moment hat Argentinien eine konservative Regierung, die eigene Narrative in den Vordergrund rücken möchte und dabei die eigentlich überwunden geglaubte »Theorie der beiden Dämonen« wiederbeleben möchte. Diese besagt, dass Argentinien vor dem Staatsstreich im Würgegriff links- und rechtsextremistischer Kräfte stand und damit der Putsch letztlich eine Reaktion auf diese Situation darstellte.

Thomas Lutz Als weiteren Podiumsteilnehmer möchte ich Uwe Bergmeier vorstellen. Er war als Freiwilliger der »Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.« in Israel und hat nach dem Politikstudium neben anderem im Haus der Wannsee-Konferenz als Referent in der Bildungsarbeit zur NS-Verbrechensgeschichte gearbeitet. Zugleich hat er sich mit aktuellen Konflikten in Afrika auseinandergesetzt. Vor knapp 20 Jahren war er im Rahmen seines Studiums im Sudan. Seit dem Jahr 2000 war er im Nordosten Ugandas tätig, wo er sich bemüht hat, Jugendliche aus der Gewaltspirale des Bürgerkriegs herauszuholen. Seit 2009 ist er Leiter des Civil Peace Service der »Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.« in Kenia. Damit sind wir beim jüngsten Konflikt, mit dem wir uns heute beschäftigen wollen. In Kenia kam es 2007/2008 nach den Präsidentschaftswahlen, deren Ergebnis nicht von allen Seiten anerkannt wurde, zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Die deutsche »Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit« befand daraufhin, dass man einfach nicht zum Alltag in der internationalen Kooperation zurückkehren könne, sondern sich zunächst bemühen müsse,

der zerrissenen Gesellschaft einen neuen Zusammenhalt zu ermöglichen. Welche Rolle spielt bei der Bearbeitung in einem so aktuellen Konflikt die Beschäftigung mit der Geschichte des Konflikts? Kann diese überhaupt bearbeitet werden?

Uwe Bergmeier

Ich nehme nicht als Repräsentant einer Gedenkstätte oder einer akademischen Institution an diesem Gespräch teil, sondern als jemand, der fachlich zivile Konfliktbearbeitung in Ländern in Afrika macht, wo es ein Erinnerungsverständnis, wie wir es praktizieren – mit Gedenkstätten und institutionalisiertem Gedenken –, so nicht gibt. Mein Beispiel ist Kenia, das Land, in dem ich im Moment arbeite. Ich beschäftige mich mit den Verbrechen im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen 2007/2008 und dem Umgang damit. Es handelt sich dabei nicht um einen Völkermord, sondern um eine interne, politische, interethnische Menschenrechts-Verbrechenslage. Ich arbeite seit Jahren mit einem Instrument der deutschen Außenpolitik, dem zivilen Friedensdienst. Seit 18 Jahren bemühen sich Fachleute – es ist kein Studentenaustausch oder Volontariat – international, in Konfliktregionen Möglichkeiten von Konfliktlösung und Regelung bis hin zu Versöhnung nach Verbrechen mit lokalen Gesellschaftsgruppen zu fördern. Ob und wie das gelingt, ist ein kontinuierlicher Streitpunkt in unserer Arbeit. Geht das überhaupt? Wir als Deutsche gehen in eine Region, ich in meinem Fall nach Kenia oder früher nach Norduganda, und versuchen dort, mit Täter- und Opfergruppen ins Gespräch zu kommen und Dialoge zu initiieren, Dialogräume überhaupt erst zu schaffen. Letztere sind zentral, weil es in keinem dieser Länder eine organisierte Gedenkstätte oder institutionalisierte Erinnerung zu diesen Themen gibt. Daran knüpft sich die Frage an, ob wir Gedenkstätten brauchen oder ob wir in diesen Ländern in der Erinnerungsarbeit nicht auch über andere Formen des Erinnerns nachdenken müssen und diese zu praktizieren helfen. Ich könnte dazu viele Beispiele liefern. Nehmen wir Norduganda: Manchmal gelingt Erinnerungsarbeit, indem wir zwischen Opfern von Überfällen der Lords Resistance Army³, etwa von ihnen entführte Kinder und zu Kindersoldaten gemachte Mörder, als spätere Rückkehrer mit ihren früheren Dorfgemeinschaften und Familien ein Gespräch organisieren. Wir gehen auf eine ganz elementare Ebene von Erinnerung, Schuld und mögliche Vergebung, um darüber überhaupt ins Gespräch über ein Verbrechen kommen.

In Kenia ist das beispielsweise in vielen Fällen bis heute nicht möglich. Es wird – und das ist typisch für afrikanische Konflikte – meist von der nächsten Verbrechenssituation bereits überlagert. Das heißt, auch das Beispiel der sogenannten Nachwahl-Verbrechen 2007/2008 ist eigentlich bis heute nicht aufgearbeitet. Wir könnten ein internationales Instrument erwähnen, den Internationalen Strafgerichtshof, der versucht hat, dieses Thema juristisch, aber nicht gesellschaftlich aufzuarbeiten. Das endete 2015 in einem Desaster, weil es nicht gelang, als internationaler Akteur unter Berufung auf »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« in diesem lokalen Konflikt politisch Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Dies hat die Gesellschaft in Kenia weiter gespalten, politisch ist der Versuch der internationalen Aufarbeitung im Land als inakzeptable, arrogante Einmischung wahrgenommen worden. Danach war Kenia



wieder auf die lokalen Auseinandersetzungsformen zur eigenen Menschenrechtsgeschichte zurückgeworfen, die von außen mitgefördert oder auch nur mit den eigenen gesellschaftlichen Akteuren (wie Zivilgesellschaft, religiöse Institutionen) weiterhin mühsam vorangebracht wird.

Thomas Lutz Einige Jahre nach seiner Gründung befand das United States Holocaust Memorial Museum nach durchaus kontroversen Diskussionen, dass sich aus der Forderung des »Nie wieder!« nach der Shoah zwingend die Notwendigkeit ergebe, sich auch mit aktuellen Konflikten zu beschäftigen. Vorgesehen war, 2007 auf den Völkermord im Südsudan aufmerksam zu machen. In dieser Region werden Sie in Zukunft als Projektleiter einer Hilfsorganisation arbeiten und Projekte aufbauen und begleiten. Dabei stellt sich mir die Frage, ob dieser Auftrag des »Nie wieder!« nach dem Holocaust tatsächlich mit einem aktuellen Konflikt zielführend in Verbindung gebracht werden kann. Oder brauchen wir dafür andere Mittel?

Uwe Bergmeier Aus meiner Sicht gibt es diesen Zusammenhang so nicht. Wir haben in afrikanischen Kontexten von Gewalterfahrung eine völlig andere Kultur des Gedenkens, die nicht unbedingt institutionalisiert und schon gar nicht staatlich gewollt ist, weil sie häufig regimekritisch gegen die bestehende Regierung ist. Jede Einmischung des Staates verkompliziert die Aufarbeitung – wenn es denn überhaupt eine gibt – und lädt sie politisch auf. Insofern ist der Ansatz des »Nie wieder« vielleicht lobenswert als Vision, aber meinem Wissen nach nirgendwo in politische Institutionen und gesellschaftliche Prozesse in Krisenstaaten – wie z.B. Südsudan – übergegangen. Wir müssen stattdessen darüber reden, welche Möglichkeiten der Bearbeitung von Überlagerungen an Krisen und Traumata überhaupt in einem solchen Land infrage kommen. Wir haben dort etwa 2,2 Millionen Flüchtlinge außer- und innerhalb des Landes, die Armut ist extrem hoch und die politischen Institutionen sind extrem korrupt, sodass nicht einmal klar ist, welche Ursachen überhaupt anzugehen sind und warum die Menschen flüchten: vor dem bewaffneten Bürgerkrieg, verkompliziert durch verschiedene Milizen, oder vor der Armut – oder beides? Die Flüchtenden, aber auch ihre zurückgebliebenen Familien haben existenzielle Probleme, mit dieser Situation zurecht zu kommen. Fragen des Gedenkens, der Aufarbeitung von früheren Verbrechen, nach Schuldigen oder wer dafür Verantwortung zu übernehmen bereit ist, sind sehr weit weg von diesen Menschen in ihrem Kampf ums Überleben.

Thomas Lutz Die folgende Frage richtet sich an alle drei Podiumsteilnehmer: Auf welche Weise beeinflusst die deutsche Erinnerung an die NS-Verbrechen das Erinnern und Gedenken in den Ländern, mit denen Sie vertraut sind?

Alexander Hasgall Die Erfahrungen mit der Aufklärung über die NS-Verbrechen spielen eine große Rolle bei der Art des Sprechens über die Verbrechen. Begriffe wie zum Beispiel Genozid als Bezeichnung für die Geschehnisse in Argentinien 1976-1983 sind bei vielen Opfergruppen und in der Linken sehr verbreitet. Auch der Begriff »Konzentrationslager« für die klandestinen Folter- und Ermordungsstätten der Militärs wird häufig gebraucht. Auf der diskursiven Ebene spielt der Nationalsozialismus also eine sehr große Rolle, was wiederum zur Debatte über Einzigartigkeit und Unterschied-



Plenarsitzung der »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance und Research« (ITF) im U.S. Department of State, Washington, D.C., 2003

lichkeit führt und dadurch begrifflich eine schwierige Lage hervorgerufen hat. Zur Gedenkpolitik: In Berlin stehen am Wittenbergplatz die »Wegweiser« zu den einzelnen Konzentrationslagern, in Buenos Aires gibt es das gleiche Symbol. Es werden also Erinnerungsformen aus dem deutschen Kontext 1:1 übernommen, auch mit dem Ziel, dass das Verbrechen angemessen anerkannt wird. Zugleich gab es schon seit den Zeiten der Diktatur eigenständige Formen der Erinnerungen, beispielsweise wenn es um die bildliche Darstellung von Verschwundenen geht. Diese strahlen wiederum international aus. Man kann die Frage also nicht mit einem schlichten Ja oder Nein beantworten, aber es findet sicher ein Austausch und auch eine Auseinandersetzung auf der Meta-Ebene statt, inwiefern die deutsche Auseinandersetzung mit den Verbrechen in Argentinien übernommen werden kann oder nicht.

Carol Gluck Selbstverständlich hat sich die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg 73 Jahre nach dessen Ende gewandelt. Das steht in erheblichem Maße mit der westdeutschen Erinnerungskultur in Zusammenhang. Mittlerweile gibt es etwas, was ich eine »globale Erinnerungskultur« nenne, mit verschiedenen Aspekten, die fast alle in der einen oder anderen Weise mit der Erinnerung an den Holocaust zu tun haben, wie sie Deutschland geprägt hat. Die Japaner müssen sich nun mit einer Erinnerungskultur auseinandersetzen, die in den 1950er-Jahren noch nicht bestand. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das mit dem Verständnis von Verantwortung zusammenhängt, weil es in den 1950er-Jahren in gewisser Weise einfacher war, über Verantwortung zu sprechen. Diese trugen die Führungskräfte, also Hitler oder in Japan die Militärs. Das hat sich im Laufe der Zeit verändert hin zur Diskussion von Schuld von Organisationen und schließlich von ganz normalen Männern und der Mitschuld der Gesellschaft bei der Entwicklung und Akzeptanz von Diktatur und Nationalsozialismus. Der Wandel von der Vorstellung, was Verantwortung bedeutet, ist nun Teil einer globalen Erinnerungskultur, die das Ergebnis des Gedenkens an den Holocaust in Europa ist. Dafür gibt es viele weitere Beispiele, etwa die Geste, dass sich ein Staatsoberhaupt bei den Opfern entschuldigt; das war in den 1950er-Jahren noch nicht üblich. Und in fast allen Berei-

chen – juristisch, gesellschaftlich und politisch – hatte der Umgang Deutschlands mit der Erinnerung an den Krieg einen entscheidenden Einfluss. Diese Entwicklung wird sich auch nicht wieder umkehren. Mit anderen Worten: Es handelt sich um weltweite Erwartungen, Normen und Praktiken der Politik einer globalen Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg. Sie haben aber durchaus auch Auswirkungen auf einige andere Beispiele, über die wir gesprochen haben.

Uwe Bergmeier Erinnerungskulturen zu verstehen ist schon ein entscheidender Schritt. Ich glaube nicht, dass sich Erinnerungskulturen aus Europa oder Asien zielführend in andere Kulturen transferieren lassen. Das heißt, wir müssen viel mehr Zeit darauf verwenden, uns damit zu beschäftigen, wie Gesellschaften mit internen Gewalterfahrungen umgehen. Welche Formen der Aufarbeitung bis hin zur Versöhnung gibt es, die für uns, die wir von außen kommen, hilfreich und zu fördern sind? Aber auch bei der Methodik, wie wir Erinnerung lebendiger und im Sinne von Versöhnungsarbeit effektiver machen können, sind wir bislang nicht sehr kreativ. Wir brauchen den Austausch zwischen den Gedenkstätten, den pädagogischen und wissenschaftlichen Bereichen, mit anderen Gedenkkulturen in der Welt heute viel stärker. Das ist in Zeiten von multikulturellen Gesellschaften mit unterschiedlich erfahrenen Traumata für alle Seiten förderlich, so meine Botschaft für heute Abend. Und wir kommen automatisch durch diese Auseinandersetzung auf neue methodische Formen, die in anderen Kulturen Reaktionen auslösen, die wir vorher nicht erwartet haben. Darüber hinaus – und da sind wir klassisch in der Methode, die heute auch mehrfach genannt wurde – wenn wir Erinnerung und Aufarbeitung wollen, dann braucht es staatliche und nichtstaatliche Akteure. Dieses Zusammenspiel ist zentral, was für Europa und gleichermaßen für Afrika gilt, so schwierig es manchmal auch ist, diese beiden Akteure zusammenzubringen. Wir brauchen aber auch die Förderung von Akteuren, die sich um die »Wahrheit« bemühen. Das Aufdecken und die Diskussion um Hintergründe in komplizierten Konflikten ist ein ganz entscheidender Schritt. Ich bin über die Jahre sehr bescheiden geworden, wenn es um Aufarbeitung und Versöhnungsprozesse geht. »Wahrheit« herauszufinden und eine Übereinstimmung der Akteure darüber zu erzielen, ist ein großer Schritt. Letzter Punkt: Haben wir als Europäer, die wir das in Asien oder Afrika fördern, dazu eine Berechtigung? Klares Votum von meiner Seite: Ja, denn der Austausch über die Kompetenzen, die wir in diesem Bereich haben, ist für alle Seiten fruchtbar. Das möchte ich auch als Ermutigung für viele, die sich aufmachen, um in anderen Kulturen zu gewalttätigen Konflikten zu arbeiten, immer mit auf den Weg geben.

Thomas Lutz Die Frage, die uns alle, die wir uns mit diesem Thema beschäftigen, bewegt, ist die Frage nach den zukünftigen Herausforderungen.

Carol Gluck Ich nenne das: die Vergangenheit für die Zukunft nutzbar zu machen. Es gibt zwei drängende Herausforderungen. Die erste ist das Ableben der Zeitzeugen. Nach allem, was wir über das Gedächtnis an die beiden Weltkriege wissen, beeinflusst die Erinnerung an den Krieg die dritte Generation erheblich. In Japan bilden Kinder, die den Krieg nicht aus eigener Erfahrung kennen, nun die Mehrheit. Genau wie junge Leute in anderen Ländern wissen sie nicht viel über den Krieg. Aber es geht dabei nicht um das fehlende Faktenwissen, sondern darum, dass jüngere Generationen aus



Auf der Dachterrasse
des U.S. Department of
State, Washington D.C.
in einer Sitzungspause
während der
ITF-Plenarsitzung, 2003

den Fakten, die sie lernen, den Objekten, die sie sehen, und den Narrativen, die sie hören, keinerlei politischen oder zivilgesellschaftlichen Handlungsauftrag ableiten, um Kriege oder Gräueltaten in der Gegenwart zu verhindern. Wenn man Schulklassen in Auschwitz, Hiroshima oder in einem Museum begleitet, wird deutlich, dass die meisten Schüler aufmerksam dabei sind – und Umfragen zeigen auch, dass sie sich an die Objekte (die Schuhberge in Auschwitz) und Bilder (die geschmolzene Uhr, die in Hiroshima um 8.15 Uhr stehen blieb) erinnern –, aber die Botschaft des »Nie wieder!« bleibt abstrakt, entrückt, losgelöst von ihrem alltäglichen Leben. Damit kehren wir zur Frage nach der Verantwortung zurück. Bei der Anerkennung vergangener Staatsverbrechen kann es nicht das alleinige Ziel sein, die Vergangenheit wachzuhalten. Mindestens in demokratischen Staaten müssen wir darauf zielen, ein Gefühl für individuelle, zivilgesellschaftliche und politische Verantwortung zu wecken, das in der Gegenwart aktiviert und handlungsleitend wird.

Die zweite Herausforderung hat natürlich mit der derzeitigen Politik zu tun. Vor dem Hintergrund eines erstarkenden Nationalismus und Rechtspopulismus sind Regierungen damit zugange, ihre Nationalgeschichte umzuschreiben. Denken Sie zum Beispiel an Indien, China, Russland, Ungarn und die Türkei. Und für viele von ihnen, insbesondere in Ostasien und Osteuropa, steht der Zweite Weltkrieg im Zentrum der nationalen und nationalistischen Erinnerung. Das ist etwa in Polen, der Ukraine, den baltischen Staaten, China oder Japan der Fall. In diesen Ländern kann man wohl kaum sagen, dass die jetzige Vergangenheitsbewältigung eine liberale Gesellschaft hervorgebracht hat. Kurz gesagt ist die Geschichte der Erinnerung an den Krieg nicht unbedingt progressiv; die Lehren aus der Vergangenheit können nicht nur scheitern, sondern auch ihren Charakter so stark verändern, dass man sie kaum mehr erkennt. Wie können dann Museen ihre Arbeit, ihre Ausstellungsstücke, ihre Narrative angesichts der generationellen und politischen Herausforderungen anpassen? Das ist die Frage. Als Botschaft ist das »Nie wieder!« einfach nicht genug. Meiner Meinung nach ist es unsere Aufgabe, die Schrecken der Vergangenheit in Verbindung mit einer besseren Zukunft zu bringen, und zwar auf eine Weise, die das Publikum heute und morgen anspricht.

Alexander Hasgall Die Voraussetzungen haben sich im Vergleich zu den 1990er- und 2000er-Jahren verändert, als sich eine globale Erinnerungskultur abzeichnete, die sich zu einem dominanten Narrativ entwickelte und an der nahezu jeder teilhaben wollte. Möglicherweise hat diese Entwicklung Asien noch weniger erreicht. Aber Argentinien hat – wie schon erwähnt – mittlerweile eine konservative Regierung, durch die Positionen, über die man vermeintlich Übereinstimmung erzielt hatte, wieder infrage gestellt werden. Oder in Deutschland, wo wir zeitweise die »Willkommenskultur« haben, sich andererseits aber die AfD starker Zustimmung erfreut und den öffentlichen Diskurs auch auf dem Feld der Erinnerungskultur verändern möchte. Vielleicht ist die Erinnerungskultur eben doch weniger verwurzelt, als wir das bislang angenommen hatten.

Carol Gluck Die Definitionen von Erinnerungskulturen sind sehr unterschiedlich. Ich spreche nicht von jener, die Sie gerade genannt haben, sondern über politische Normen und Praktiken wie etwa Entschuldigungsgesten. Das ist nicht die Art von Erinnerungskultur, die in Deutschland gepflegt wird. Ich kenne nur sehr wenige Länder, in denen erwartet wird, dass jeder einen gewissen Blick auf eine bestimmte Vergangenheit hat. In Frankreich gibt es zum Beispiel auch eine Erinnerungskultur, aber niemand könnte dort – wie in Deutschland – behaupten, dass wir in den 1990er-Jahren glaubten, es »geschafft« zu haben. In einigen Ländern, mit denen wir uns beschäftigen, gibt es diese Art Erinnerungskultur nicht.

Alexander Hasgall Wenn wir an so unterschiedliche Fälle denken wie die öffentliche Entschuldigung der australischen Regierung an die Aborigines, die Entwicklung einer spezifisch deutschen Erinnerungskultur, die Gacaca-Justiz in Ruanda oder die mittlerweile Dutzenden von Wahrheits-, Versöhnungs- und Historikerkommissionen weltweit, dann hatten wir einige Jahre lang den Eindruck, als ob sich eine »globale Moral« (Eleazar Barkan) oder eine »globalisierte Erinnerung« (Daniel Levy/Natan Szneider) durchsetzen würde. Vieles war aber eher einem wissenschaftlichen Diskurs geschuldet und nahm politische Interessen zu wenig in den Blick.

Carol Gluck Das sehe ich genauso: Die Vorstellung, dass man die Erinnerung an all die Schrecken der Vergangenheit global übereinstimmend erarbeiten kann, ist nicht mehr aktuell.

Thomas Lutz Die Museen zum Gedenken an die NS-Opfer hatten in Deutschland nach der Wiedervereinigung die neue und wichtige Unterstützung der Regierung. Der Kampf um Anerkennung und den Beistand durch die Politik, der die 1980er-Jahre in Westdeutschland geprägt hatte, war vorbei. Die offizielle Erinnerungspolitik beschränkt sich jedoch im zunehmenden Maße auf Rituale, die die Jugend wenig ansprechen. Aktuell wissen wir zwar über den Nationalsozialismus infolge der exzellenten wissenschaftlichen Forschung in den letzten drei Jahrzehnten viel besser Bescheid. Wir können daher die historische Bildungsarbeit auf einem viel besseren Fundament aufbauen. Auf der anderen Seite werden die Gedenkstätten gemahnt, sich angesichts des Verschwindens des biographischen Geschichtsbezugs, vor allem der Überlebenden, doch anderen Themen zuzuwenden: Vor zehn Jahren war dies das Thema Menschenrechte. Heute wird Demokratiebildung eingefordert.



Teilnehmende an dem deutsch-israelischen Joint Venture zu Fragen der unterschiedlichen Herangehensweise an die Geschichte der Shoa in beiden Ländern. V.l.n.r.: Christian Staffa (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.), Shulamit Imber, Yariv Lapide (Yad Vashem), Elke Gryglewski (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz), Peter Koch (KZ-Gedenkstätte Dachau), Monika Kingreen (Fritz-Bauer-Institut), Haim Gartner (Yad Vashem), Thomas Lutz, Tanja Ronen (Haus der Gettokämpfer), 2004

Die Herausforderung, die ich aktuell für Deutschland sehe, ist, dass wir Wege finden müssen, wie wir unsere aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte gewonnenen Erkenntnisse dem interessierten Publikum vermitteln. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Geschichtsinteressierten zunehmend unterschiedlich sozialisiert sind. Sie verfügen über ein ganz unterschiedliches Wissen und haben ganz eigene Bezüge zu ihren Lebenswelten. Darauf muss die Bildungsarbeit viel differenzierter reagieren und benötigt hierfür die entsprechende finanzielle Förderung.

In Deutschland spielten in den 1990er-Jahren die Zeitzeugen und Überlebenden-Organisationen eine große Rolle. Heute sind viele von ihnen gestorben. Trotz der zunehmenden zeitlichen Distanz haben wir interessante Befunde: Im Vergleich zu vor 25 Jahren liegen heute weitaus mehr Filmaufnahmen und Videos von Zeitzeugen vor. Wir wissen viel mehr über die verschiedenen Opfergruppen und einzelne Biographien und können die Materialien als Quellen viel besser einsetzen. Aber die Möglichkeit eines persönlichen Zusammentreffens wird natürlich immer geringer; vor allem die Lobby der internationalen Überlebenden-Organisationen, die für die Entwicklung in den 1990er-Jahren von herausragender Bedeutung waren, nimmt ab. Auf der anderen Seite haben Gedenkstätten mit Angehörigen aus der zweiten bis vierten Generation häufig sehr enge Kontakte, wie das vor einigen Jahren nicht der Fall war.

Wenn wir über Argentinien oder Kenia sprechen, gibt es dort natürlich sehr viel mehr Zeitzeugen, weil das Geschehen – insbesondere in Kenia – noch nicht so lange zurückliegt.

Alexander Hasgall Argentinien ist ein Sonderfall wegen der »Verschwundenen«, die getötet worden waren und fortan nicht mehr existierten. Interessant ist, dass es in Argentinien lange keine Opferorganisationen gab und sie dann riesige Probleme hatten, anerkannt zu werden, weil die Überlebenden der Lager oftmals als mögliche Verräter oder Kollaborateure angesehen wurden. Das verbessert sich auch nur langsam, und es hat lange gedauert, bis die Organisationen der Überlebenden der Lager von anderen Opfergruppen anerkannt wurden. Auch in Argentinien sind die Zeitzeugen schon

hochbetagt, aber die Kinder der »Verschwundenen« beginnen nun, Fragen zu stellen. Sie sind jedoch keine direkten Zeugen der Verbrechen mehr, was zu Fragen nach ihrer Rolle in Opferorganisationen – und die Rolle von Opferangehörigen überhaupt – führt.

Thomas Lutz Damit kommen wir zur Bedeutung, die die Geschichte für Menschen mit einem direkten biografischen Zusammenhang zum Geschehen hat. Wie verhält sich das in Japan und Kenia?

Uwe Bergmeier In Kenia sind das zuvor beschriebene historische Geschehen von 2007/2008 und die persönlichen Verstrickungen noch so dominant, dass die Erinnerung daran sehr kompliziert ist. Anders als in Deutschland, wo die Herausforderungen mit dem historischen Abstand klar benannt werden können, ist das für Kenia weit weniger der Fall. Aber auch bei diesem Beispiel findet Auseinandersetzung in der Gesellschaft – wenn überhaupt – über Zeitzeugnisse der Opfer statt und ihren Mut, dies auch öffentlich zu tun.

Carol Gluck Aber das sind unterschiedliche Themen. Meiner Meinung nach liegen Sie richtig, Alexander, dass alle diese Geschehnisse im Erinnerungsdiskurs vermengt wurden, und nun sehen wir allmählich, dass das nicht funktioniert. Der Fall Deutschland ist wegen des Holocaust besonders, er ist nicht einzigartig, aber doch besonders. In Japan und Ostasien geriet der Zweite Weltkrieg wieder auf die Agenda, weil er politisch aufgeladen wurde. Damit ist aber nicht die Erinnerung an die Taten der Großväter gemeint, es ist also kein biografischer Zugang wie in Deutschland. In Japan geschieht dies aus geopolitischen Gründen – und in Osteuropa verhält es sich genauso. Die Herausforderung ist, ob es uns gelingt, die jüngeren Generationen zu lehren, dass es in der Natur des Krieges liegt, dass er zwei Seiten hat, dein Land also auch schlimme Dinge zu verantworten hat. Bis jetzt verläuft das sehr einseitig, als ob der Krieg erst gestern stattgefunden hätte. In der Ukraine und in Litauen hat man wie in Ostasien den Eindruck, als ob es erst kürzlich gewesen wäre. Deshalb ist es aus politischen und geopolitischen Gründen notwendig, die jüngeren Leute Verantwortung für ihre eigenen Gesellschaften etc. zu vermitteln. Aber nicht aus biografischer Perspektive, sondern aus politischer. Wenn die jüngeren Generationen nur die eine Seite des Geschehenen sehen, bleibt das oft sehr nationalistisch. Und nationalistische Erinnerungen an die Vergangenheit transportieren die Konflikte in die Gegenwart. Das unterscheidet sie etwa von der politischen Gewalt in Kenia oder einem Bürgerkrieg. Folglich müssen wir die verschiedenen Herausforderungen an die Erinnerungskultur differenziert angehen. Ich würde sagen, dass in Osteuropa und Ostasien die Herausforderung die Überwindung der nationalistischen Erinnerung und Geschichtsschreibung ist, die von Regierungsseite – etwa in Russland, China, Indien und der Türkei – befördert wird. Aber das hat wenig mit einem biografischen oder familiären Hintergrund zu tun.

Alexander Hasgall Dem stimme ich zu, aber ich frage mich, ob sich Deutschland nicht ebenfalls in diese Richtung entwickelt, insbesondere wenn man die sehr jungen Deutschen in den Blick nimmt, die nicht mehr über die biografischen Bindungen der zweiten oder dritten Generation verfügen. Auch die Diskussionen, ob Flüchtlinge als Integrationsmaßnahme Gedenkstätten besuchen sollen, Debatten um nationale Narrative und



Besichtigung der Gedenkstätte Majdanek während der internationalen Tagung »Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der europäischen Perspektive. Räume der Geschichtsdarstellung und -Erfahrung« aus Anlass der 70. Jahrestages der Einweihung der Gedenkstätte, 2014

Identität, und wie Flüchtende darin integriert werden sollen, werden intensiver geführt werden. Natürlich ist das nicht das Gleiche, aber es scheint eine Annäherung der beiden Diskursebenen zu geben. Ein wesentlicher Teil der Erinnerungspolitik dient der Vorbeugung. Jeder Paradigmenwechsel soll der Vorbeugung von Verbrechen dienen. Vor allem bis zum Jahr 2011 und dem Scheitern des Arabischen Frühlings hatten wir das Gefühl, aus der Geschichte gelernt zu haben, mit der Transitional Justice ein Instrument geschaffen zu haben, Verbrechen juristisch aufzuarbeiten, und Erfahrung beim Aufbau von Gedenkstätten zu haben. Viele Menschen haben heute den Eindruck, dass das nicht funktioniert und sich aus Einsicht und Kenntnis der Geschichte zum Beispiel jemand wie der syrische Diktator Assad von nichts abhalten lässt.

Carol Gluck »Nie wieder« funktioniert nicht! Nicht, weil es wieder und wieder passiert, sondern weil es nicht ankommt. Es ist für die jüngeren Generationen eine zu abstrakte Botschaft.

Thomas Lutz Für Deutschland waren die Öffnung zu einer demokratischeren Gesellschaft nach 1968 und die Bewegung der Geschichtswerkstätten und Gedenkstätten sehr wichtig. In diesem Zusammenhang rückten neue Opfergruppen wie Sinti und Roma oder Homosexuelle ins öffentliche Bewusstsein. Zugleich wurde damit offenkundig, dass die Opfer des Nationalsozialismus auch in der Nachkriegszeit diskriminiert wurden. Somit hat die Aufklärung über Geschichte auch einen ganz konkreten Beitrag zur Anerkennung von gesellschaftlichen Randgruppen geführt. Weil die Beschäftigung mit Geschichte auch immer ein Abbild der Gesellschaft ist, bewirkte die Anerkennung weiterer Opfergruppen auch eine weitere Öffnung der Gesellschaft. Diese Entwicklung scheint im Moment rückläufig. Es stellt sich die Frage, welche Rolle die Gedenkstätten in diesem Prozess spielen können. Wie soll und kann das historische Wissen und auch die Achtung, die sich die Institutionen erarbeitet haben, genutzt werden, um sich politisch in aktuellen Entwicklungen zu positionieren? Aus meiner Perspektive ist das eine zentrale Fragestellung. Aber wie ist das in anderen Ländern?

Eröffnung der Wanderausstellung der Stiftung Topographie des Terrors »Twarz Getta« (The Face of the Ghetto) im Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau, 2015. Foto: Kurt Blank-Markard



Uwe Bergmeier Natürlich ganz anders. Als ich vor weniger als zehn Jahren nach Kenia kam, hatte dort ein nationales Verbrechen stattgefunden, das noch nicht vollständig analysiert werden konnte, für das sich aber erst recht noch keine Erinnerungskultur entwickeln konnte. Die Situation unterscheidet sich also völlig von der deutschen mit ihrer institutionalisierten Erinnerung. Aber dennoch müssen wir darüber nachdenken, wo es Verbindungen zur Erinnerung an andere historische Ereignisse in der Welt gibt. Gemeinsam für alle gilt sicher der Zusammenhang von intensiver Erinnerungskultur und demokratischer, gelebter politischer Kultur im jeweiligen Land. Ob es überhaupt so etwas wie eine globale Erinnerung gibt oder geben kann, bleibt für mich eine offene Frage.

Carol Gluck Die Frage ist: Was ist das Ziel? Thomas, Sie sagten, das Ziel sei eine liberale, offene, demokratische Gesellschaft. Das funktioniert aber nicht in allen Teilen der Welt, weil es für die Menschen kein vorrangiges Ziel auf dem Weg in eine bessere Zukunft ist. In Deutschland und anderen kleineren Teilen der Welt glaubt man, dass das Ziel eine liberale, offene, demokratische Gesellschaft ist, aber an vielen Orten nicht. Die Menschen wollen ein besseres Leben, sie wollen überleben, wollen keine Gewalt mehr erfahren und einen friedlichen Alltag mit ausreichender Versorgung haben. Die Dinge sollen sich zum Besseren wenden. Man kann nicht sagen, dass eine liberale, offene, demokratische Gesellschaft ein globaler Wert sei.

Alexander Hasgall Als Historiker frage ich mich, ob es für die Arbeit mit der Geschichte immer eines besonderen Ziels bedarf, zumal man sich auch gelegentlich mit größeren zeitlichen Perioden beschäftigt. Wenn wir das Beispiel Guatemala nehmen: Die Ergebnisse der Wahrheitskommission sind noch nicht gesellschaftlich verankert, aber wir haben täglich um die 20 Kriminalitätsfälle mit tödlichem Ausgang, also etwa 6000 Tote jährlich. In 30 Jahren ergibt das 180 000 Tote, was der Zahl der während des Bürgerkriegs Ermordeten entspricht. Die ganze Gesellschaft ist von dieser Gewalt betroffen. In einer derartigen Situation kann man kaum fordern, dass die Ergebnisse

der Wahrheitskommission prioritär zur Kenntnis genommen werden müssen, obwohl die Gewalt selbst eine Folge dieses Krieges darstellt. Es kann aber nicht nur darum gehen, dass wir immer einen aktuellen Anlass finden, um unsere Arbeit zu rechtfertigen. Möglicherweise ist sie für die Zukunft überaus wichtig und daher bleibt die aktive Bewahrung und pädagogische Bearbeitung des Wissens um Gewaltsysteme überaus wichtig.

Thomas Lutz In Deutschland war zu Beginn das wichtigste Ziel der Arbeit in Gedenkstätten, das Andenken an die Opfer aufrechtzuerhalten, ihnen ihren Namen zurückzugeben. Für junge Leute heute ist das sicherlich nicht mehr der zentrale Punkt. Sie wollen eher wissen, wie das System funktioniert hat, fragen sich, wie Menschen anderen Menschen solche Verbrechen antun können und beschäftigen sich mit Interesse mit Kontinuitäten in die Nachkriegsgesellschaft. Wichtig auch für die Zukunft ist definitiv, dass alle Opfergruppen in der Erinnerungspolitik ihren Platz finden und andererseits auch die Verantwortlichen für die Verbrechen benannt werden, was für eine Gesellschaft sicherlich schmerzhaft ist.

Alexander Hasgall Aber daraus können neue Schwierigkeiten entstehen, wenn ein zu enger Zusammenhang mit Identitätspolitik hergestellt wird und alle Gruppen darauf bestehen, dass sie in die Erinnerungspolitik mit einer bestimmten Identität einbezogen werden. Ich frage mich, ob das einer globalen Entwicklung mindestens in den USA und Europa entspricht, dass Geschichte und Erinnerung Teil einer exklusiven, bestimmten Identität werden.

Carol Gluck Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt. Insbesondere seit den 1990er-Jahren hat sich aus der Erinnerungskultur eine Identitätspolitik entwickelt. Jede Gruppierung setzte die Erinnerung zur Herausbildung einer charakteristischen und auch politischen Identität ein. Das beobachte ich überall. Der Erinnerungsdiskurs hat diese Entwicklung befördert. Das hat zur Folge, dass zum Beispiel Türken in Deutschland möglicherweise eine türkische Identität hervorbringen, die sich auf die türkische und nicht auf die deutsche Erinnerungskultur beruft. Das ist ein Problem, das in den vergangenen Jahrzehnten etwas verändert hat. Wir haben weltweit viele Flüchtlinge, die niemals Teil einer anderen Gesellschaft waren, folglich ist eine Identitätspolitik, die sich auf die Erinnerung beruft, ganz wesentlich. Oder in den USA zum Beispiel haben sich viele Roma jahrelang als Amerikaner betrachtet und nun wollen sich ihre Kinder als Roma identifizieren. Die Erinnerung hat folglich Auswirkungen auf die Identität, was die demokratische Entwicklung behindern kann, weil es möglicherweise einer politischen Gemeinsamkeit entgegensteht. Die Erinnerungspolitik ist dafür nicht ursächlich, spielt aber eine Rolle.

Thomas Lutz Was bedeutet das für unsere Arbeit?

Carol Gluck Meiner Meinung nach können Museen wie die »Topographie des Terrors« oder andere die Vergangenheit für eine zukünftige Ausrichtung einsetzen. Es kommt darauf an zu verdeutlichen, was man macht oder auch unterlässt, um zukünftiges Leid zu verhindern. Das ist meine Erinnerungsmission. Mir liegt an mündigen Bürgern, die

sich für Gegenwart und Zukunft verantwortlich fühlen. Aber die Frage ist, wie wir das mit der Vergangenheit in Verbindung bringen.

Uwe Bergmeier Erinnerungsarbeit sollte die Identitätsbildung in Staaten und Gesellschaften fördern. Identität ist für mich eine wichtige, positive Kategorie, wenn etwa junge Afrikaner die Identität einer unabhängigen Nation entwickeln, also »Nation-Building« auf der Basis von Werten voranbringen. In Kenia etwa ist die Diskussion um die »Mau Mau«-Kämpfer, die im kenianischen Unabhängigkeitskampf (1952–1964) gegen Großbritannien kämpften, erst nach 50 Jahren ein Thema von nationaler Bewertung und damit sehr wichtig für die politische Bildung bezüglich der Probleme des Landes in der Gegenwart.

Alexander Hasgall Beides ist möglich. In Argentinien gründete sich vor der Militärdiktatur die Identität auf der Armee und dem Kampf gegen die spanischen Kolonialherren. 1983 wurde die Wahrheitskommission eingesetzt und dokumentierte die Menschenrechtsverbrechen. Und plötzlich sollte sich das Narrativ und die Identität Argentiniens darauf stützen. Bis zu einem gewissen Punkt hat dies auch funktioniert; die Armee spielt für die Identitätsbildung keinesfalls mehr die frühere Rolle. Erinnerung kann also die Grundlage für die Ausbildung einer neuen, gemeinsamen Identität liefern. Museen kommt bei der Entwicklung dieser auf historischen Erfahrungen basierenden Identität natürlich eine wichtige Rolle zu. Und dabei müssen sie sich mit jenen auseinandersetzen, die die Vergangenheit ignorieren oder leugnen, und jenen, die die Geschichte benutzen wollen, um ihre partikularistische Identität zu stärken.

Uwe Bergmeier Auch aus dem »Mau Mau«-Beispiel aus den Jahren 1952 bis 1964 lassen sich Schlüsse für unsere Arbeit ziehen. Es gibt immer weniger Zeitzeugen und deshalb immer weniger direkte Begegnungen oder Konfrontationen, aber damit auch neue politische Debatten. Im Moment sind die Entschädigungen, die die noch lebenden »Mau Mau«-Kämpfer von den Briten fordern, ein großes Thema, weil die Zeit drängt, da die Zahlungen nur an die direkt betroffene Person erfolgen können. Es geht dabei zum einen um die Anerkennung der »Befreiungskämpfer« in der Gesellschaft. Die »Mau Mau«-Kämpfer galten über lange Zeit im unabhängigen Staat Kenia als Terroristen, als Rebellen. Selbst die Ethnie, der sie angehörten, war gespalten, wie sie den bewaffneten Kampf bewerten sollte. Vertreter anderer Ethnien, die z.T. aber bessere Beziehungen zu den Briten pflegten, stigmatisierten die Kämpfer deshalb als Kriminelle. Ein zweiter Punkt ist die Bedeutung für die nationale Identität der kenianischen Gesellschaft. Auch wenn heute der Stolz und die Akzeptanz der Kämpfer überwiegt, so gibt der Unabhängigkeitskrieg Aufschlüsse zu Konfliktursachen wie 2007/2008 und bis heute. Aktualisierung von Geschichte, nicht Instrumentalisierung ist das Stichwort.

Carol Gluck Der Anspruch auf Entschädigungszahlungen gegenüber den Briten resultiert tatsächlich aus der globalen Erinnerungskultur, weil man früher keine Ansprüche an die ehemalige Kolonialmacht richten konnte. Dies ist ein Beispiel eines Prozesses, der überall auf der Welt stattfindet. Auch den zweiten Punkt – die »Befreiungskämpfer« – treffen wir weltweit an: Was für den einen Terroristen sind, sind für den anderen



»Befreiungskämpfer«. Das sind postkoloniale Themen, die eine postkoloniale nationale Identität schaffen.

Uwe Bergmeier In Deutschland beschäftigen uns in diesem Zusammenhang weiterhin Entschädigungsforderungen der Nachfahren von Hereros im heutigen Namibia, an denen die deutsche Kolonialmacht 1904–1908 neben der ethnischen Gruppe der Nama einen systematischen Völkermord beging. Die Klärung einer Entschädigung ist bei den verschiedensten Verbrechenssituationen ein Indikator für eine »gute« oder »schlechte« Aufarbeitung.

Thomas Lutz Ich würde gerne noch einmal auf den Punkt zurückkommen, welche Rolle die Museen bei diesen Entwicklungen spielen?

Uwe Bergmeier Die Museen zu Genoziden und Menschenrechtsverbrechen in Deutschland brauchen mehr denn je den Austausch mit anderen internationalen Erfahrungen und Bearbeitungsformen im Umgang mit Traumatisierungen, mit persönlichen und politischen Entschädigungen, Aussöhnungsprozessen und -ritualen, aber auch eine Beratung bei weiterhin nicht überwindbaren Spaltungen innerhalb von Gesellschaften.

Carol Gluck Dem stimme ich zu, aber es gilt nicht nur für Deutschland. Der Blick jenseits des Nationalen ist sehr hilfreich, weil er sowohl der nationalistischen als auch der Identitätspolitik entgegnen wirkt.

Thomas Lutz Ich danke den drei Podiumsteilnehmenden herzlich für ihre Mitwirkung. Es ist im Gespräch deutlich geworden, dass man bei internationalen Vergleichen vor einem Dilemma steht: Um die jeweilige Situation einschätzen und miteinander vergleichen zu können, ist es notwendig, die jeweilige Geschichte und deren Auswirkungen bis heute genau zu kennen. Das konnten wir leider hier nicht leisten. Ich hoffe, dass dennoch deutlich geworden ist, dass es viele Anknüpfungspunkte gibt, die es sinnvoll

Diskussionsveranstaltung während der Jahreskonferenz des »International Committee of Memorial Museums in Remembrance of the Victims of Public Crimes« (IC MEMO) im Jüdischen Museum München, 2015

machen, sich auch im weltweiten Maßstab mit der Aufarbeitung von Verbrechenregimes zu befassen. Ziel ist es dabei, eine im Vergleich zu Diktaturen und Menschheitsverbrechen neue Gesellschaft zu schaffen, in der vor allem die vormaligen Opfer eine Chance erhalten, ein gutes Leben zu führen.

Aus der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit kann man sehr generell zwei Fragen herauskristallisieren, die für die vergleichende Bewertung von Aufarbeitungsprozessen zentral sind: Werden ALLE Gruppen der Opfer in dem Aufarbeitungsprozess – in der durchaus möglichen unterschiedlichen Art und Weise der Verfolgung – staatlich und gesellschaftlich anerkannt? Erhalten Sie eine konkrete und materielle Unterstützung, um ein besseres Leben führen zu können? Wird ihre Geschichte aufgearbeitet und in Bildungsprozessen – u.a. in Museen und Gedenkstätten – behandelt? Dies ist eine Form ihrer Würdigung. Zugleich ist er multiperspektivisch zu sehen in der Auseinandersetzung mit anderen Personengruppen, die in dieser Zeit agiert haben.

Die zweite – für eine Gesellschaft viel schwieriger zu bearbeitende – Frage lautet, in wieweit die Täter zu Rechenschaft gezogen wurden. Wird über die Art und Weise der Verbrechen informiert und werden sie daran gehindert, sich weiter zu organisieren? Aus meiner bisherigen Beschäftigung mit Verbrechenregimes muss ich leider feststellen, dass immer die Opfer der Staatsverbrechen diejenigen waren, die in den Nachfolgegesellschaften große Probleme haben. Häufig hat es höchstens eine kleine Gruppe von ihnen geschafft, an der politischen und sozialen Macht zu partizipieren. Auch sind häufig nur eine kleine Schicht von Tätern verurteilt und ausgegrenzt worden, während die Strukturen der Protektion weiter funktionieren. Das ist keine pessimistische Sicht auf die Aufarbeitung der Geschichte, sondern eine realistische. Bedeutet sie doch auf der einen Seite, dass Gedenkstätten alleine die Aufarbeitung nicht leisten und keine besseren Menschen schaffen können – wie es häufig von der Öffentlichkeit gefordert oder erwartet wird. Vielmehr müssen diese Wandlungsprozesse in Zusammenarbeit von vielen Institutionen vollzogen werden, gerade auch im internationalen Bereich.

Auf der anderen Seite bin ich aber auch fest davon überzeugt, dass Gedenkstätten unabdingbar sind. Sie können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, immer wieder an die Notwendigkeit sich mit den Opfern der Geschichte zu befassen und sie zu würdigen, zu erinnern. Gerade die »steinernen Zeugen«, die Gedenkstätten, bieten dafür sehr gute Voraussetzungen. Die Geschichte wird bekanntlich immer von der Aktualität her gedacht. Von daher ist die Auseinandersetzung mit den Opfern der NS-Geschichte auch immer eine Herausforderung, sich mit aktuellen Entwicklungen zu befassen: »das historische Bewusstsein für gegenwärtige innen- und außenpolitische Bedrohungen und Probleme zu schärfen«⁴, wie es Günter Morsch bei dem Neujahrsempfang der Gedenkstätten in Berlin-Brandenburg formuliert hat.

In jedem Fall kann eine internationale Zusammenarbeit von großem Wert sein. So können verschiedene Sichtweisen dargelegt und deren gesellschaftspolitischen Ursachen und aktuellen Bedeutungen erkannt werden. Im internationalen Diskurs ist es möglich, seine eigenen Sichtweisen kritisch zu hinterfragen. Gerade innerstaatliche oder binationale Konflikte, die immer aus vergangenen Verbrechen resultieren, können mit internationaler Hilfe am ehesten auf eine sachliche, verhandelbare Ebene gehoben werden. Allerdings nur, wenn die Bereitschaft dazu in dem jeweiligen Land vorhanden ist.

Das Podiumsgespräch wurde redaktionell von Angelika Königseder überarbeitet.



Direktor Ivo Pejakovic erläutert die Gedenkstätte Jasenovac (Kroatien) während einer internationalen Seminarreise mit Teilnehmenden aus Südosteuropa und Deutschland, 2016

Uwe Bergmeier arbeitet seit vielen Jahren zum Thema Erinnerungsarbeit in der zivilen Konfliktbearbeitung und Transformation in Ostafrika. Von 2009 bis 2018 war er Koordinator des zivilen Friedensdienstes der »Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.« in Kenia. Er arbeitet nun als Leiter des Verbindungsbüros von Misereor zu Südsudan weiterhin von Kenia aus.

Prof. Dr. Carol Gluck ist Professorin für japanische Geschichte an der Columbia University in New York City. Carol Gluck ist Mitgründerin und aktuelle Vorsitzende des dort angesiedelten Programms »The Committee on Global Thought«.

Dr. Alexander Hasgall arbeitet für den Council for Doctoral Education der European University Association in Genf und ist Mitbegründer des »Arbeitskreises für Vergangenheitspolitik« in der Schweiz. Er hat promoviert zum Thema »Regime der Anerkennung. Kämpfe um Wahrheit und Recht in der Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur«.

Dr. Angelika Königseder arbeitet als freie Historikerin, Lektorin und Kuratorin in Berlin.

- 1 NIOD: Institute voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies in Amsterdam.
- 2 Bis 2013 lautete deren Bezeichnung »Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research«.
- 3 Die Lords Resistance Army (LRA) ist seit über 30 Jahren als notorische Rebellenarmee in Norduganda (bis 2006) und in den umliegenden Staaten gegen die Regierung Museveni militärisch aktiv. Sie rekrutiert mit brutalsten Mitteln Kindersoldaten und verübt Überfälle auf die lokale Bevölkerung.
- 4 Günter Morsch: Grußwort zum Neujahrsempfang des Arbeitskreises der Berlin-Brandenburgischen NS-Gedenkstätten am 2. Februar 2018 (Blog: guenter-morsch.de [2. 3. 2018])

Gedenkstättenseminare und –konferenzen

	Veranstaltungsname		Mitveranstaltende
	Gedenkstättenseminare		<i>Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. (ASF) immer Ausrichter, in Zusammenarbeit mit:</i>
1983 Okt	»Das Vergangene ist nicht vergessen ...« – Gedenkstättenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland	Hannover	Freizeit und Bildungszentrum »Weiße Rose«; Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)
1984 April	Widerstand und Verfolgung 1933–1945. Was können wir heute daraus lernen?	Berlin	Gedenkstätte Deutscher Widerstand; Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
1984 Nov	Der Stellenwert der Jüdischen Geschichte und Judenverfolgung in der Gedenkstättenarbeit	Essen	Alte Synagoge Essen; FES
1985 Mai	NS-Ideologie und Neonazismus – ihre Bedeutung für die Gedenkstättenarbeit	Wewelsburg	Kreismuseum Wewelsburg; FES
1985 Nov	Gedenkstättenarbeit in Ost und West: Wie kann Geschichte an die Jugend vermittelt werden?	Berlin	Evangelische Akademie
1986 Mai	Erinnern an die Geschichte heute – zu aktuellen Fragen der Gedenkstättenpädagogik	Breitenau	Gedenkstätte Breitenau; Evangelische Akademie Hofgeismar; FES
1986 Nov	Lokale Gedenkstättenarbeit – Nationales Mahnmal	Bonn	Verein »An der Synagoge«; BpB; Jugendakademie Walberberg/Bornheim
1987 Juni	»Vernichtung durch Arbeit« – Die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge und ihre Bedeutung für die Gedenkstättenarbeit heute	Salzgitter	Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V., Salzgitter; FES
1987 Okt	Die Akzeptanz von Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes in der Bundesrepublik Deutschland	Flossenbürg	Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg e.V.; BpB
1989 Mai	Gedenkstätten – Verklärung oder Aufklärung? Zu den Besonderheiten der Gedenkstättenpädagogik	Neuengamme	KZ-Gedenkstätte Neuengamme; BpB
1988 Dez	Opfer und Gegner zu Wort kommen lassen – Arbeit mit ZeitzeugInnen und Zeugnissen	Mörfelden	Studienkreis Deutscher Widerstand; BpB
1989 Juni	Lernorte für Zeitgeschichte – Museum und/oder Gedenkstätte?	Düsseldorf	Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf; BpB; FES
1989 Okt	Faszination und Gewalt	Nürnberg	Pädagogisches Institut der Stadt Nürnberg; FES
1990 Mai	Jugendopposition und deren Unterdrückung	Papenburg	DIZ Emslandlager e.V.; BpB
1990 Nov	Hadamar – Ort der Vernichtung sogenannten »lebensunwerten Lebens« im NS-Regime und Gedenkstätte heute	Hadamar	Gedenkstätte Hadamar; Landeswohlfahrtsverband Hessen; BpB
1991 April	Geschichte ehemaliger Konzentrationslager nach 1945	Bergen	Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen; AG Bergen-Belsen
1991 Dez	Täter – Opfer – Gedenkstätten	Oranienburg	Friedrich-Ebert-Stiftung
1992 Mai	Betriebsverlagerungen am Ende des Zweiten Weltkrieges und deren Auswirkungen für die Häftlinge	Blankenburg	KZ-Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Langenstein-Zwieberge; FES
1992 Dez	Kunst und Gedenken – Neue Wege	Breitenau	Gedenkstätte Breitenau; Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ)
			<i>Stiftung Topographie des Terrors immer Ausrichter, in Zusammenarbeit mit:</i>

	Veranstaltungsname		Mitveranstaltende
1993 Juni	Kriegsgefangene und Opfer der Wehrmachts-justiz – Geschichte und Rezeption in der Gedenkstättenarbeit	Torgau	Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG); DIZ Torgau; FES
1993 Okt	Das Ghetto Theresienstadt – Der Stand der Forschung	Terezin	Gedenkstätte Theresienstadt; Theresienstädter Initiative; FES
1994 Juni	Gedenkstättenarbeit – Das Beispiel Buchenwald	Weimar	Gedenkstätte Buchenwald; FES
1994 Nov	Zwischen kontrolliertem Verfall und Inszenierung: Die Gedenkstätten Ravensbrück als Beispiel für die zukünftige Gestaltung von Gedenkstätten	Fürstenberg	Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück / Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (StBG); BpB
1995 Mai	»Vergessen ist weder ein Tag, noch sind es die Nächte« – Frauen im Konzentrationslager	Tutzing	Ev. Akademie Tutzing, Forum für Junge Erwachsene; KZ-Gedenkstätte Dachau; Förderverein für Internationale Jugendbegegnung Dachau
1995 Okt	Der »authentische Ort« und seine Gestaltung – Das Beispiel der Gedenkstätte Sachsenhausen	Oranienburg	Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen / StBG; FES
1996 Mai	Sind 50 Jahre Erinnern genug? – Zur Zukunft der Gedenkstätten in Deutschland	Kirchheim/HE	BpB; HLZ
1996 Okt	Pädagogische Arbeit in Gedenkstätten	Hamburg	KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Evangelisches Zentrum Rissen; FES
1997 Mai	Vernichtungskrieg und Völkermord – die Darstellung im Museum Berlin-Karlshorst	Berlin	Museum Berlin-Karlshorst; Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (GV-FD); FES
1997 Okt	Verbrechen von Nationalsozialismus und Stalinismus an einem Ort	Dresden	Stiftung Sächsische Gedenkstätten
1998 Mai	Umgang mit Orten jüdischer Geschichte – Erinnerung und Aufklärung	Bad Urach	Landeszentrl.für politische Bildung Baden-Württemberg (lpb); LAG der Gedenkstätten und -Initiativen in Baden-Württemberg
1998 Okt	SS, Wirtschaft und KZ in der letzten Kriegsphase – Das Beispiel Mittelbau-Dora	Nordhausen	KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora; BpB
1999 Juni	Evakuierung und Befreiung – das Museum des Todesmarsches (Belower Wald/Wittstock)	Flecken Zechlin	Museum des Todesmarsches Beelower Wald (Außenstelle Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen [GuMS]); DGB Jugendbildungsstätte, Flecken Zechlin
1999 Nov	Didaktische Zugänge zu historischen Orten – Das Beispiel der KZ-Gedenkstätte Dachau	Dachau	Jugendgästehaus Dachau; KZ-Gedenkstätte Dachau; BpB; Bayerische Landeszentrale für politische Bildung
2000 Juni	Gedenkstätten – Gesellschaft – Gedächtnis	Schwerin	Politische Memoriale e.V. Mecklenburg-Vorpommern; BpB
2000 Nov	Polizei und NS-Verbrechen: Aufarbeitung und Dokumentation im NS-Dokumentationszentrum Köln	Köln	NS-Dokumentationszentrum Köln; BpB; FES
2001 Mai	Ostwestfälische Provinz im Spannungsfeld von SS-Ideologie, SS-Mythen und Lageralltag	Wewelsburg	Kreismuseum Wewelsburg; Planungswerkstatt Erinnerungskultur: Geschichte in Ostwestfalen-Lippe 1933-1945; BpB; FES
2001 Okt	Die Verfolgung von Sinti und Roma unter dem NS-Regime und deren Darstellung in Gedenkstätten	Heidelberg	Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma; Baden-Württembergische Landeszentrale für polit. Bildung; BpB
2002 Mai	Orientierung durch Geschichte und Erinnerung? Eine Tagung zur Gedenkstättenpädagogik mit Blick auf das kommende Jahrzehnt	Weimar	Gedenkstätte Buchenwald; Internationale Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar; BpB

	Veranstaltungsname		Mitveranstaltende
2002 Sept	Sammeln, Bewahren und Dokumentieren als Grundlage für politische Bildungsarbeit in Gedenkstätten	Flossenbürg	KZ-Gedenkstätte Flossenbürg; BpB
2003 Mai	Erinnerungskultur in westeuropäischer Perspektive: Niederlande, Belgien, Luxemburg und Deutschland	Münster	Geschichtsort Villa ten Hompel; BpB
2003 Sept	Geschichte der »Asozialität« im Nationalsozialismus. Darstellung und Vermittlung in KZ-Gedenkstätten	Moringen	KZ-Gedenkstätte Moringen; Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung; BpB
2004 Mai	Spuren des Überlebens. Dokumente der Erinnerung. Kunst, Künstler und politische Bildung in Gedenkstätten für NS-Opfer	Dachau	Jugendgästehaus Dachau; KZ-Gedenkstätte Dachau; BpB
2004 Sept	Gedenkstättenpädagogik	Worms	Landeszentrale für politische Bildung Rheinland Pfalz (LpB)/Gedenkstätte KZ Osthofen; Förderverein Projekt Osthofen e.V.; Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik; BpB
2005 Mai	Erinnerung an Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit in den Lagern der Wehrmacht 1939–1945: Vom Stalag IX A Ziegenhain zur Gedenkstätte und Museum Trutzhain	Romrod	Gedenkstätte und Museum Trutzhain; HLZ; BpB
2005 Sept	Zum Umgang mit den Orten nationalsozialistischer Gewaltverbrechen seit 1945. Perspektiven der Erinnerungskultur in Deutschland	Hamburg	KZ-Gedenkstätte Neuengamme; BpB
2006 Mai	Justizverbrechen und deren Aufarbeitung – Das Beispiel der Haftanstalt »Roter Ochse Halle« Saale	Halle (Saale)	Gedenkstätte »Roter Ochse« Halle (Saale); BpB
2006 Okt	Die Darstellung von Täterinnen und Tätern in Gedenkstätten für NS-Opfer	Berlin	Gedenk- und Bildungsstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«; BpB
2007 Juni	Schulen und Gedenkstätten	Weilburg	Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenpädagogik (AG Pädagogik); BpB
2007 Sept	Konzepte und Ziele – Planung und Realisierung. Die Gründungsphasen der Konzentrationslager im Vergleich	Oranienburg	Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen/StBG; BpB
2008 Mai	Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern	Nordhausen	KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora; BpB
2008 Sept	Denkort Bunker Valentin – Marinerüstung und Zwangsarbeit	Bremen	Landeszentrale für politische Bildung Bremen; Stiftung niedersächsische Gedenkstätten; BpB
2009 Juni	NS-Krankenmorde – Historischer Rahmen, das Beispiel Grafeneck, Aufarbeitung	Bad Urach	Gedenkstätte Grafeneck; lpb Baden-Württemberg; BpB
2009 Sept	Die Präsentation von NS-Verfolgten in Ausstellungen und Bildungsarbeit der Gedenkstätten	Bergen	Gedenkstätte Bergen-Belsen; Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten; GV-FD; BpB
2010 Mai	Die Geschichte der Polizeihaftlager – Das Beispiel des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert und dessen Aufarbeitung in der Gedenkstätte in Hinzert	Trier	LpB Rheinland-Pfalz; Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert; GV-FD; Katholische Akademie Trier
2010 Sept	Zeitgeschichte und Erinnerung im Wandel. Perspektiven der Erinnerungskulturen 20 Jahre nach der deutschen Einheit	Schwerin	Politische Memoriale e.V. Mecklenburg-Vorpommern; GV-FD; BpB
2011 Juni	Die Bearbeitung der SS in Forschung, Bildungsarbeit und Medien – Entwicklung und Perspektiven der Täterforschung	Wewelsburg	Kreismuseum Wewelsburg; Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V (GV-FD); BpB

	Veranstaltungsname		Mitveranstaltende
2011 Okt	Den Besucher im Blick. Bildungsarbeit mit Erwachsenen in Gedenkstätten	Georgsmarienhütte	Gedenkstätte Augustaschacht e.V.; Gedenkstätte Gestapokeller im Schloss Osnabrück e.V.; Haus Ohrbeck – Katholische Bildungsstätte; Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
2012 Juni	»Don't forget and don't repeat« – Der Gegenwartsbezug in der Bildungsarbeit an Gedenkstätten	Berlin	AG Pädagogik; Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz; BpB
2013 Juni	Gedenkstätten und neue Medien	Weimar	Gedenkstätte Buchenwald; Förderverein Buchenwald; Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar; BpB
2014 Juni	Gedenkstättenarchive und -sammlungen: Herausforderungen – Lösungsmöglichkeiten – Praxisbeispiele (Arbeitstitel)	Bad Urach	Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V. KZ Gedenkstätte; lpb Baden-Württemberg; BpB
2015 Juni	70 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager – Was können die Gedenkstätten leisten?	Dachau	Max-Mannheimer-Studienzentrum Dachau; KZ-Gedenkstätte Dachau; AG Pädagogik; BpB
2016 Juni	Zwischen Aufklärung und Sinnstiftung? Die Besonderheit von Dokumentationszentren als Lernorte zur NS-Geschichte – das Beispiel Reichsparteitagsgelände Nürnberg	Nürnberg	Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände; Memorium Nürnberger Prozesse; BpB
2017 Juni	Ausstellungsnarrative und Bildungsarbeit zu NS-Täterschaft	Oranienburg	Gedenkstätte und Museums Sachsenhausen/StBG; BpB
2018 Juni	Jugendliche in Gedenkstätten	Düsseldorf	Gedenkstätte Düsseldorf; AG Pädagogik; BpB
	Gedenkstättenkonferenzen		<i>Stiftung Topographie des Terrors immer Ausrichter, in Zusammenarbeit mit:</i>
2012 Nov	Gegenwart und Zukunft der Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes in Deutschland: Eine Standortbestimmung	Hannover	Arbeitskreis der KZ-Gedenkstätten in Bundes- und Landesträgerschaft (AG der KZ-Gedenkstätten); Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in NRW e.V.; Gedenkstätte Ahlem/Region Hannover
2013 Sept	Entwicklungen, Tendenzen und Probleme einer Erinnerungskultur in Deutschland – die Position der NS-Opfer Gedenkstätten	Worms	Gedenkstätte Osthofen/Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz; LpB Rheinland-Pfalz; AG der KZ-Gedenkstätten
2014 Sept	3. Bundesweite Gedenkstättenkonferenz	Bremen	Landeszentrale für politische Bildung Bremen, Gedenkort Bunker Valentin; AG der KZ-Gedenkstätten; Vertretung der Landesverbände der Gedenkstätten und -Initiativen
2015 Dez	4. Bundesweite Gedenkstättenkonferenz	Kiel	Der Landesbeauftragte für politische Bildung Schleswig-Holstein; Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V.; AG der KZ-Gedenkstätten
2016 Dez	Forschung in Gedenkstätten – Bestandsaufnahme und Überlegungen für Verbesserungen	Köln	AG der KZ-Gedenkstätten; FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -Initiativen (FORUM); Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen; NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
2017 Dez	Bildungsarbeit in Gedenkstätten – Herausforderungen, Chancen und Spannungsfelder	Halle (Saale)	Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale); Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt; AG der KZ-Gedenkstätten; Forum